

5. Teil

Gesellschaftspolitik

Deutsche Ich-Schwäche – Rückblick zur Integrationsdebatte

von

Hans Heckel⁵⁹

Keinem aufmerksamen Beobachter der deutschen Dinge ist es entgangen, daß sich dieses Land in den vergangenen Wochen verändert hat. Der im besten Sinne rücksichtslose Vorstoß von Thilo Sarrazin hat einen Sperrzaun der Politischen Korrektheit, der unliebsame Fragen und Diskussionen draußen halten sollte, durchbrochen. Nicht, daß diese Entwicklung über Nacht hereinbrach. Was hier eruptionsartig zum Vorschein kam, durchlief eine lange Anbahnungsphase.

Sie reicht mindestens zurück bis zum 11. September 2001, als die unreflektierte Idealisierung von Islam und „kultureller Bereicherung“ durch muslimische Zuwanderer in den Türmen von New York verbrannt ist. Zwar versuchten interessierte Kreise zunächst, die Vorfälle als Ausnahmen zu deklassieren, die, das war ihnen besonders wichtig, nichts mit dem Islam zu tun gehabt hätten. Doch weitere Erschütterungen wie die Anschläge von Madrid und London oder die Ermordung von Theo van Gogh verhinderten die schnelle Rückkehr zu alten Illusionen ebenso wie Berichte über die sichtbare Radikalisierung von Muslimen in Deutschland.

Dennoch wich die politische Führung dem Thema auch weiterhin – soweit es eben ging – aus. Auf Islamkonferenzen und Integrationsgipfeln pflegten Politiker und Funktionäre den feinen Dialog. Auf verwertbare Ergebnisse dieses Dialogs wartet das Volk indes bis heute vergebens. An der immer unhaltbareren Lage in den Ghettos der Großstädte änderte er ebensowenig wie an der Situation in den sogenannten Problemschulen. Das wachsende Unbehagen, das daraus heranwuchs, hat der derzeitigen Debatte den Boden bereitet. Und die ungeheuer wirkungsvolle Provokation von Thilo Sarrazin hat schließlich dazu geführt, daß auch die politische Führung den Unmut zur Kenntnis nehmen und reagieren mußte.

Ihre erste Reaktion war reflexartige Ablehnung. Doch dann folgte ein Schock: Denn nach der reflexartigen Verdammung des Ex-Senators in Re-

59 Redakteur der Preußischen Allgemeinen Zeitung, Vortrag vor SWG am 25. 10. 2010

aktion auf die Vorveröffentlichung seiner Thesen in „Bild“ und „Spiegel“ mußten die Politiker in den Internetforen und Leserbriefspalten ebenso wie in den Briefkästen ihrer Parteizentralen und Wahlkreisbüros entdecken, in welchem Ausmaß sich das Volk von ihren Phrasen abgewendet hatte. Selbst die gut eingeübten und bislang immer erfolgreichen Ermahnungen und Drohungen fruchteten nicht mehr.

Den Vorwurf, Ausländerfeinde, Islamophobiker oder Rechtsextremisten zu sein, wischten die Menschen einfach weg. Das war neu.

Aber nicht bloß alle Versuche der Wiedereinschüchterung scheiterten diesmal. Auch zerstoben bald alle Hoffnungen, daß sich die Debatte den gewohnten Regeln der lauten Medien folgend in wenigen Wochen verflüchtigen würde.

Die Diskussion war mit den üblichen, in Jahrzehnten erprobten Mitteln nicht mehr unter Kontrolle zu bringen. Aber warum nur?

Der Grund ist einfach: Zu nah war das von Sarrazin aufbereitete Thema längst an die Alltagswelt der Deutschen herangerückt, als daß man es medial schnell wieder einfangen konnte. Die Menschen hörten nicht mehr auf die Ermahnungen der Schönredner. Denn wer selbst erlebt, wie radikaler Islam und archaische Sitten in seinem unmittelbaren Umfeld immer mehr raumgreifen, der läßt sich nicht einreden, seine Sorge darüber entspringe „irrationalen Ängsten“. Um mit dieser Lage zurechtzukommen, mußte sich die Politik erst einmal neu sortieren. Guter Rat war teuer.

Dies vor allem für die bürgerlichen Parteien, in deren potentieller Anhängerschaft die Zustimmung für Sarrazin besonders hoch ist. Doch schnell hatte man zumindest rhetorisch eine neue Linie gefunden: Man verlagerte den Schwerpunkt. Im Mittelpunkt der politischen Reden besonders der bürgerlichen Politiker steht seit kurzem die Bringschuld der Immigranten bei der Integration.

Dies ist immerhin schon ein Fortschritt: Seit Jahrzehnten war ja der Eindruck vermittelt worden, nur die Deutschen müßten endlich mit der „Diskriminierung“ und „Ausgrenzung“ der Zuwanderer aufhören und mehr Geld für sogenannte Integrationsangebote bereitstellen. Dann würden sich die Fremden schon integrieren.

Mit seinem Hinweis auf die große Zahl integrationsunwilliger und/oder integrationsunfähiger Zuwanderer insbesondere aus den muslimischen Ländern hat Sarrazin diese Mär vom Tisch gefegt. Seitdem betonen Politiker bei jeder Gelegenheit die Pflicht der Immigranten, an ihrer Integration auch selbst mitzuwirken. Unionspolitiker ermahnen sich sogar, den Begriff von der deutschen Leitkultur neu zu beleben, sehr zum Ärger der Linken. Die Linke war eigentlich davon ausgegangen, das Wort Leitkultur unter einer Welle von Håme und Hetze für immer unsagbar gemacht zu haben.

Auf dem Höhepunkt des sogenannten „Aufstands der Anständigen“ Anfang November 2000 stellte der damalige Präsident des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, den seinerzeitigen Unionsfraktionschef Friedrich Merz in eine Reihe mit Mordbrennern, als er ihn aufrief: „Zündeln Sie nicht mit Leitkultur!“

Spätestens seit diesem abscheulichen Vorfall fällt es mir schwer, dem Begriff Leitkultur *nicht* mit Sympathie zu begegnen. Daß er nun wieder da ist, erfüllt mich daher spontan mit Genugtuung. Jedoch: Die Enttäuschung folgt auf dem Fuße, wenn man bei Unionspolitikern nachhakt, was sie denn unter der „Befolgung der deutschen Leitkultur“ konkret verstehen. Von allen Floskeln befreit, schnurrt ihre Antwort in aller Regel auf zwei Punkte zusammen: Die Achtung des Grundgesetzes und das Beherrschen der deutschen Sprache. Als gut integriert gilt danach bereits derjenige, der unsere Amtssprache beherrscht und unsere Rechtsnormen achtet und befolgt. Mehr braucht es offenbar nicht. Nun, nach dieser Definition dürfen wir uns wohl alle hier als gut integrierte, potentielle Bürger Indiens betrachten. Denn wir beherrschen die Amtssprache Englisch und hätten gewiß keine Probleme, die offizielle Rechtsordnung des demokratischen Indien zu achten und zu befolgen. Also sind wir, obwohl wir in der Mehrheit Indien nie betreten haben, bereits in die dortige „Leitkultur“ integriert. Das ist natürlich blanker Unsinn. Der imaginierte Exkurs nach Indien verdeutlicht aber, wie dünn das Konzept von „Leitkultur“ ist, das uns mit einigem Pathos neu serviert wird.

Hier kommen wir an einen Schwachpunkt, der in der gesamten Zuwandererdebatte immer nur am Rande gestreift wird, obschon er ihren unverzichtbaren Kern beinhaltet. Diesen Schwachpunkt zu behandeln, ist unbequem. Denn hier dreht es sich nicht um die Defizite von Zuwanderern, hier geht es um unsere eigene Schwäche, unsere Schwäche als Deutsche. Zum Integrieren gehören nämlich immer zwei Seiten: Jene, die um Integration nachsuchen und jene, die die Ankömmlinge integrieren sollen. Bevor wir aber die Frage stellen, wie wir am besten integrieren können, sollte die allererste Frage doch lauten: Wohinein wollen wir eigentlich integrieren? Was bieten wir denen an, die kommen, um hier bei uns und mit uns Heimat zu finden?

Diese Frage stellt sich ganz unabhängig davon, ob wir die Zuwanderer überhaupt für integrationsfähig halten. Horst Seehofers wenig ausgegorener Vorstoß zum Einwanderungsstopp für bestimmte Kulturkreise ist es zwar durchaus wert, weitergedacht zu werden. Aber dessen ganz ungeachtet: Gerade für den integrationsfähigen und integrationswilligen Zuwanderer muß es attraktiv sein, Teil dieser Nation zu werden. Dafür muß diese Nation ihr Gesicht zeigen, ein Gesicht, das mehr charakterisiert als Paragraphen, Grammatik und Vokabeln. Doch das gelingt denkbar schlecht. Die schnöden, kalten Reaktionen von Zuwanderern auf Deutsch-

land reflektieren dabei nur eine Misere, die unsere eigene Misere ist. Selbst diejenigen, welche die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen, geben vorzugsweise praktische Gründe an, wie das freie Reisen im Schengen-Raum oder die Möglichkeit, Beamter zu werden.

Den ideellen Grund: Ich fühle mich nun als Teil der deutschen Nation, und das vollziehe ich jetzt legal nach, diesen Grund hört man selbst im Kreise der Neubürger selten. In dieser Reserve, mit der selbst integrationswillige und -fähige Zuwanderer dem „Deutschwerden“ begegnen, spiegelt sich etwas, dessen Ursprung nur im deutschen Volk selbst verborgen sein kann.

Genau hier setzte unlängst die Schriftstellerin und Philosophin Thea Dorn an. Dorn diagnostiziert den Deutschen eine „gewaltige Ich-Schwäche“. Weil wir, die Deutschen, nicht wüßten, wer wir als dieses Land sein wollten, so Dorn, würden wir in der Beziehung zu uns selbst, zu unserer Nation von heftigsten Schwankungen umhergeworfen. Als Auswirkung dieser Ich-Schwäche beschreibt Dorn keineswegs nur einen Mangel an Nationalbewußtsein. Denn: Diese Ich-Schwäche der Deutschen könne, so die Philosophin, durchaus ganz und gar gegensätzliche Auswüchse hervorbringen. So habe diese Schwäche in der Vergangenheit auch zum extremen Gegenteil geführt, zum übersteigerten Nationalismus. Einem Nationalismus aus Unsicherheit. Ganz anders schlage sich dieses Manko in unserer Zeit nieder: Heutzutage führe, so Thea Dorn, diese Schwäche dazu, daß aus Harmoniesucht alles fremdartig Scheinende wahllos umarmt werde. Thea Dorn bezog sich in ihrer Analyse ausdrücklich auf die von Thilo Sarrazin ausgelöste Debatte über integrationsunwillige Immigranten in Deutschland und die Frage, warum die deutschen Tonangeber so lange jeden niedergemacht haben, der von den ankommenden Ausländern forderte, daß vor allem sie es seien, die sich um ihre Integration zu bemühen hätten.

Neben der Glorifizierung des Fremden wird aus derselben Schwäche, die Frau Dorn aufzeigt, das Eigene verächtlich gemacht oder schamhaft versteckt. Man kann dies selbst im Alltag beobachten: Wer ein sogenanntes „multikulturelles Straßenfest“ in Deutschland besucht, der darf die Kulturen von Dutzenden Nationen kosten. Vollmundig verkünden die Organisatoren, daß sich hier die Kulturen aus aller Welt harmonisch begegnen und befruchten, ganz offen für alle und alles.

Eine Kultur indes fehlt bei dem Austausch fast immer. Welche, braucht kaum erwähnt zu werden. Die Deutschen, die bei solchen Veranstaltungen auftreten, üben sich in lateinamerikanischen Tänzen, afrikanischem Trommeln oder verramschen selbstgemachte Devotionalien, die ihre mystische Verbundenheit mit fernen Religionen ausdrücken sollen. Deutsche Kultur? Da bricht dort bestenfalls Häme auf, wenn nicht gar offene

Aggression. Die dort gnomisch sichtbar werdende Distanz zum Eigenen ist kulturbewußten Deutschen eher peinlich. Doch sie haben sich daran gewöhnt, den Verrenkungen der friesischen Frau im kreolischen Kostüm, in dem sie herumläuft, seitdem sie beim Voodoo-Workshop auf Amrum ihre karibische Seele entdeckt hat, mit Ironie zu begegnen. Das sind bloß Eseleien, richtig. Ernster indes ist das aus den Fugen geratene Selbstverständnis, das sich hier nur in seiner letzten, verblödeten Schwundstufe zeigt. Die Frau hat ja keine Ahnung von der kreolischen Kultur, sie will nur weg, nur nicht mehr deutsch sein, und malt sich ihr Traumland. Und sie folgt damit einem heftig befeuerten Trend. Einem Trend, der vor allem auf integrationswillige Zuwanderer zutiefst irritierend wirken muß.

Viele, besonders die gerade erst Angekommenen, wollen sich durchaus gern integrieren, wollen Teil des Volkes ihrer neuen Heimat werden. Doch dann stellen sie sich eben die Frage, die ich vorhin schon einmal angeschnitten habe: Wohinein soll ich mich eigentlich integrieren? Wie soll ich mich in ein Volk integrieren, dessen Repräsentanten sich darin gefallen, nur noch von Bevölkerung zu reden statt vom deutschen Volk, oder gar, wie Bundespräsident Wulff am 3. Oktober, bloß noch von den „Menschen, die in diesem Land wohnen“? Eine zufällig zur Nachbarschaft gekommene Masse von Leuten also, die außer ihrer Nachbarschaft nichts verbindet als eine gemeinsame Verkehrssprache und gemeinsame Gesetze? Die integrationswilligen Einwanderer klopfen an unsere Tür in der Erwartung, das Haus einer Nation zu betreten, dessen Wände die Besonderheiten und Unterschiede im Vergleich zu anderen Nationen markieren und dessen Dach das gemeinsame kulturelle und zivilisatorische Erbe schützt. Doch wenn sie die Tür durchschritten haben, müssen sie feststellen, daß sie wieder nur im Freien stehen, daß da gar kein Haus ist: Denn die Wände haben wir unserer eingebildeten Weltbürgerlichkeit, unserer Ich-losen, beliebigen Offenheit zu allem und jedem geopfert. Und das Dach einer gemeinsamen Leitkultur soll es ebenso wenig geben.

Man kann es den Einwanderern nicht übelnehmen, daß sie nicht mit uns im Freien stehen wollen. Sie sind es nämlich gewohnt, im soliden Gehäuse einer nationalen Identität zu wohnen. Sie wissen, daß das keineswegs Abkapselung bedeuten muß, aber notwendig ist zur Selbst-Vergewisserung. Also bauen sich die Einwanderer ihre eigenen kleinen Häuser, ziehen ihre eigenen Wände hoch, und zwar fester und dichter, als es die großzügigen Wände einer selbstbewußten Nation je sein müßten. Sie kapseln sich fest ab, um nicht im Strom der Beliebigkeit weggerissen zu werden. So entsteht das, was wir „Parallelgesellschaften“ zu nennen pflegen.

Wie ungeschützt dagegen die sogenannte deutsche Mehrheitsgesellschaft dasteht, zeigt sich, wenn es stürmt, spricht: Wenn es zu Konflikten zwischen Zuwanderern und Einheimischen kommt. Erst vor wenigen Wochen haben die Medien, ja sogar die linke GEW, das Thema Deutschen-

feindlichkeit an deutschen Schulen mit hohem Ausländeranteil entdeckt. Reichlich spät. Eine verdienstvolle TV-Reportage des WDR, über die ich in der PAZ ausführlich berichtet habe, führte uns das Problem schon vor Monaten drastisch vor Augen. Deutsche als unterdrückte Minderheit an einer Essener Schule, bedroht, bedrängt und verachtet von vornehmlich türkischen, teilweise arabischen Mitschülern.

Das war das Thema. Die beiden Journalistinnen, eine davon selbst türkischstämmig, führten lange Gespräche mit Lehrern, Schülern und einer deutschen Mutter, um den Problemen auf den Grund zu gehen.

Eines fiel mir dabei besonders auf: Türkische Jugendliche redeten viel von ihrer Kultur, von Ehre und Stolz, und machten kein Hehl aus ihrer Verachtung für die Deutschen. Und was antwortete der deutsche Schüler, der sich in seinem eigenen Land Belehrungen über die überlegene muslimische Religion und Kultur und seine eigene Minderwertigkeit anhören mußte? Er flehte: Deutsche seien doch aber auch Menschen! Der junge Deutsche hatte seinem türkischen Gegenüber tatsächlich nichts weiter entgegenzusetzen als sein bloßes Menschsein. Seine eigene, deutsche Kultur ins Feld zu führen, fiel ihm nicht ein.

Niemand hatte ihn gelehrt, sie zu benennen, niemand ihn ermutigt, sie zu verteidigen. Plastischer – nämlich in der direkten Konfrontation des türkischen und des deutschen Jugendlichen – kann die von der Philosophin Dorn angesprochene Ich-Schwäche der Deutschen kaum zutage treten. In den großen Debatten außerhalb von Schulen ist es kaum anders: Manchmal kommen noch Frauenrechte zur Sprache und eben das Grundgesetz, wenn es um deutsche kulturelle Leitbilder geht. Doch der Immigrant fragt sich: Ist das alles, was Ihr zu bieten habt? Dabei wäre es im vorliegenden Fall des Essener Schülers gar nicht so schwer gewesen, die deutsche Kultur der orientalischen ganz konkret gegenüberzustellen. Ausführlich wurde über die, auch handfesten, Streitigkeiten zwischen den Ethnien an der Schule gesprochen: Wenn ein Deutscher sich mal wehre gegen den Übergriff eines Türken, so berichteten die Schüler nationenübergreifend, dann kreuze der Türke bald darauf mit einem Dutzend Freunden und Verwandten auf, um den Deutschen niederzumachen. Das sei, so ein Türke, Ausdruck ihrer Ehre und ihres Zusammenhalts. Und die deutsche Antwort? „Gewalt ist keine Lösung.“ Punkt.

Ist das wirklich alles? Nein, wir hätten dem Türken als Deutsche doch einiges mehr entgegenzusetzen als unser Menschsein und unser Flehen, daß Gewalt doch auch nicht weiterhelfe. Wir Deutsche haben unsere eigenen Vorstellungen von anständigem Benehmen, und jeder kennt sie, hat sie verinnerlicht seit Kindesbeinen. Diese deutschen Regeln schreiben beispielsweise vor, daß es feige und schmutzig ist, mit mehreren auf einen einzigen loszugehen. Für unseren Ehrbegriff ist es ja schon unanständig,

wenn sich ein deutlich Stärkerer an einem Schwächeren vergreift. Aber mehrere gegen einen? Inakzeptabel in unserer Kultur. Doch darauf kam in dem TV-Gespräch zwischen den deutschen und den türkischen Schülern auf deutscher Seite niemand. Die Lehrerin, die das Gespräch leitete, schon gar nicht.

Ich denke, dieses simple Beispiel vom Alltag an einer sogenannten „Problemschule“ macht deutlich, woran so viele Deutsche krank sind: Die eigenen Traditionen zu bewahren, die eigene Lebensart und ihre Regeln zu verteidigen, fällt uns schwer. Daß die Solidarität mit den eigenen Landsleuten darunter leidet, darf nicht verwundern, denn die Traditionen, Werte und die Lebensart wären es doch, die die Deutschen wie die Angehörigen eines jeden Volkes miteinander verbinden - das heißt: verbinden sollten! Sie tun es ja eigentlich auch, aber dies auch offen zu benennen und den Respekt davor bei Einwanderern einzuklagen, das wagen viele nicht. Am liebsten wollen wir unser Deutschsein verstecken oder es als reinen Fußball-Party-Patriotismus verstanden wissen, der, wie es dann fröhlich heißt, „niemanden ausgrenzt“. Nicht ausgrenzen ist ja gut, Gastfreundschaft eine Tugend. Doch haben wir es offenbar so weit übertrieben, daß wir Offenheit mit Selbstauflösung verwechseln. Es ist die Gastfreundschaft eines national obdachlosen Volkes.

So also scheitert Integration nicht allein an Zuwanderern, sie kann auch scheitern am aufnehmenden Volk. Aber was bedeutet eigentlich „Integration“ in der heutigen Debatte?

Ich habe diesen Begriff bislang bewußt unreflektiert verwendet, weil er nun einmal überall benutzt wird. Wer ihn, und vor allem: seine Anwendung genauer betrachtet, der kann einige Entdeckungen machen, die über die bloße „Ich-Schwäche“ der Deutschen noch hinausgehen. Der wird beispielsweise entdecken, daß sogar die seit jüngstem thematisierte „Deutschenfeindlichkeit“ kein Phänomen ist, das nur bei Ausländern auftritt.

Der gewöhnliche Deutsche hat eine eher diffuse Vorstellung vom Begriff „Integration“. Der Integrierte sei der, der jetzt irgendwie mit zu uns gehört. Weiter kommen die Vorstellungen selten. Die Multikulturalisten sind da, zumindest in einer Hinsicht, sehr viel schärfer. Wo Integration beginnt, das ist ihnen nicht so wichtig. Klar – die Sprache, und – ganz wichtig – die Frauenrechte. Viel mehr braucht es nicht. Sehr exakt hingegen sind die Multikulturalisten mit der Definition der Grenze, an der Integration enden müsse. Nämlich genau dort, wo aus dem „Migranten“ ein Deutscher zu werden droht. Genau da soll Schluß sein! Daher verteuflern sie nach Kräften den Begriff der „Assimilierung“ und diffamieren ihn als „Zwangsgermanisierung“. Da lohnt es, sich klarzumachen, was die Wörter wirklich bedeuten: „Integration“ bedeutet lediglich, daß ein Körper in den anderen aufgenommen wird. Er muß sich dafür nicht einmal

verändern, noch muß er regen Austausch pflegen mit seiner Umgebung. Streng genommen waren auch die mittelalterlichen Ghettos in die Mauern der Städte integriert.

Und Assimilierung? Assimilierung stammt vom lateinischen Wort „similis“, was nichts anderes bedeutet als „ähnlich“. Es geht also bei Assimilierung darum, daß die zu uns kommenden Fremden uns soweit ähnlicher werden, bis sie eines Tages kaum noch zu unterscheiden sind und zum Volk gehören. Was am Ende eines solchen Prozesses der Ähnlichwerdung steht, ist, wenn manchmal auch erst nach Generationen, klar: Aus Fremden werden Deutsche. Diese Aussicht als fernes Ideal zu benennen, löst bei den sogenannten Multikulturalisten heftige Empörung, ja Abscheu aus.

Einige ihrer Einwände sind entlarvend. So heißt es, der Zuwanderer verliere durch Assimilierung seine „Identität“. Ich erinnere an mein Bild mit dem Haus: Deutsch ist demnach keine Identität, oder, schärfer: wenn, dann eine negative, nach der man gefälligst nicht zu streben hat. Ein orientalischer Kaufmann in Berlin, der sein Haus zur jüngsten Fußball-WM über und über mit Schwarz-Rot-Gold geschmückt hatte, mußte sich etlicher gewalttätiger Übergriffe deutscher Linker erwehren. Nach mehreren Attacken standen die Migranten nachts Schmiere, um ihre deutschen Fahnen vor diesen Deutschen zu schützen. Was diese Leute seiner Meinung nach wohl treibe, fragten Journalisten den Fahenschützer: Er solle eben für immer Migrant bleiben, nie Deutscher werden, antwortete der Mann. Nebenbei: Auf welcher läppischen Weise sich die Extreme doch kopieren: Einst wurde es von ganz anderen politischen Kreisen für unmöglich erachtet, daß Menschen mit bestimmten Herkunftsn Deutschen sein könnten.

Stellen wir uns aber dies vor: Wie würden die deutschen Multikultis dagegen wohl auf den Sohn deutscher Einwanderer reagieren, der einräumt, seine Eltern oder Großeltern seien zwar noch eingewanderte Deutsche, er aber fühle sich längst als, sagen wir, Argentinier? Würden sie ihn ins Gebet nehmen wegen seiner „verlorenen Identität“? Ganz sicher nicht. Die hier erkennbare verächtliche Sonderbehandlung der deutschen Identität und Kultur kann nicht anders gedeutet werden als Ausdruck von Deutschenfeindlichkeit. Dies gilt übrigens auch für den Fall, in welchem dem Deutschenfeind sein Antigermanismus selbst gar nicht bewußt ist. Man sollte keineswegs davon ausgehen, daß antideutsche Reflexe grundsätzlich gewollt und durchdacht sind. Es ist wie immer: Nur wenige tanzen vor und viele folgen bewußtlos, das ist auch hier nicht anders.

Ich komme zum Schluß

Diese Deutschenfeindlichkeit muß aufgedeckt und bekämpft werden, um die Ich-Schwäche der Deutschen zu überwinden. Damit erst schaffen wir die Voraussetzung für erfolgreiche, und hier tausche ich nun bewußt

den Begriff, erfolgreiche Assimilierung assimilierungsfähiger und assimilierungswilliger Einwanderer. Allein die Verwendung des Begriffs Assimilierung statt Integration kann hier sehr hilfreich sein, denn dies weckt alle antideutschen Ressentiments auf der Stelle.

Dabei muß man natürlich auch auf das dümmste aller Argumente gefaßt sein: Assimilierung lasse sich nicht verordnen. Das gleiche sagte man übrigens vor nicht allzu langer Zeit auch über Integration. Dieser Einwand indes kann nur in den Köpfen linker Volkserzieher ausgebrütet werden. Denn selbstverständlich läßt sich Assimilierung nicht verordnen. Ebenso wenig, wie sich ein minderbegabter Schüler verordnen läßt, ein Wunderkind zu werden, auch wenn linke Pädagogen und Bevölkerungsingenieure das wohl nie einsehen. Zwanghaft übertragen sie ihre volkspädagogische Hybris auf die Zuwandererdebatte und scheitern hier wie dort an ihrem ideologischen Irrtum, daß man den Menschen ihr Glück verordnen könne.

Nein, es müssen, wenn Assimilierung gelingen soll, auf beiden Seiten je zwei Dinge erfüllt sein:

Beide Seiten, sowohl das aufnehmende Volk als auch die Zuwanderer, müssen zur Assimilierung des Neubürgers sowohl fähig als auch willens sein.

Für uns Deutsche bedeutet Aufnahmewilligkeit, daß wir offen sind gegenüber Fremden, die zu uns kommen, mit uns leben und eines Tages Teil von uns werden wollen.

Unsere Assimilierungsfähigkeit bedingt die Überwindung der Ich-Schwäche der Deutschen, damit wir den Ankömmlingen eine Nation sein können, die auf festen Fundamenten ruht, weshalb es sich für sie lohnen würde, nach Zugehörigkeit zu streben. Für die Zuwanderer bedeutet Assimilierungswilligkeit, daß sie zu uns gehören wollen, unseren Sitten und Gebräuchen freundlich und respektvoll begegnen und danach streben, Teil und damit Erbe und Fortführer einer großen Nation zu werden. Assimilierungsfähigkeit bemißt sich daran, ob die kulturelle Prägung der Zuwanderer ein solches Verschmelzen mit Deutschland überhaupt zuläßt. Es wird gewiß der schwierigste Teil einer neuen Zuwanderungspolitik, hier Grenzen zu ziehen, konkrete Anforderungen zu definieren.

Wenn wir diese Erkenntnisse beherzigen, dann können Zuwanderung und Assimilierung zu einem guten Ende gelangen. Dann, aber nur dann, stimmen auch die Vergleiche wieder mit den Hugenotten oder polnischen Arbeitern im Ruhrgebiet oder in Wilhelmsburg. Dort in Wilhelmsburg sind es auch die verbliebenen Nachfahren jener Polen, die heute als „die letzten Deutschen“ dastehen.

Sie kamen vor über 100 Jahren in ein Deutschland, das zwar, ganz dem Geist seiner Zeit folgend, der in allen Ländern herrschte, für unsere

Verhältnisse ein wenig zu sehr patriotisch war, was Thea Dorn gewiß als „die andere Seite der deutschen Ich-Schwäche“ interpretieren würde. Doch diesem Deutschland ist es gelungen, die Fremden in wenigen Jahrzehnten zu Landsleuten zu machen. Schon in der zweiten, manchmal sogar bereits in der ersten Generation standen die Zuwanderer in deutschen Uniformen an den Fronten des Ersten Weltkriegs und durchlebten und durchlitten als Deutsche alle Höhen und Tiefen des 20. Jahrhunderts.

Dieses Deutschland zu kopieren, wäre nostalgisch, Oswald Spengler benannte solche nostalgischen, romantischen Phasen als die letzten vor dem Untergang einer Kultur. Doch er hätte sicher nichts dagegen, daß man aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernt. Eine davon heißt, daß ein starkes, selbstbewußtes Deutschland nicht in der Flut fremder Zuwanderer unterzugehen braucht. Daß ein schwaches, ein Ich-schwaches Deutschland hingegen fast notwendig verschwinden muß.

*

Recht und Freiheit

von

Manfred Backerra⁶⁰

Als vor knapp 60 Jahren, am 17. Juni 1953, in Ost-Berlin und rund 500 Orten Mitteldeutschlands der Volksaufstand begann, ging es vor allem um Recht und Freiheit. Denn der Anlaß des Aufstandes, die Erhöhung der Arbeitsnormen war nach der Berliner Demonstration der Bauarbeiter schon am Vortag zurück genommen worden, bestätigt vom DDR-Politbüro per Radio am 17. gegen Mittag. „Die Gerechtigkeit ist das Brot des Volkes...“ erkannte Bertold Brecht hellsehtig im Nachhinein. Demonstranten skandierten „Kollegen reiht Euch ein, wir wollen freie Menschen sein!“ Sie sangen auch, z.B. in Görlitz, das Deutschlandlied in allen Strophen, deren meines Erachtens stärkste, unsere Nationalhymne, Recht und Freiheit als Grundlage des Glücks betont.

Was ist Recht, was ist Freiheit? Beide Begriffe haben ihren eigentlichen Sinn nur für den Menschen unter und im Austausch mit anderen. Für einen Robinson auf einer Insel bedeuten sie nichts, weil er tun und lassen kann, was er will. Gedankenfreiheit ist zwar die Basis für Wollen und Tun, aber keine Freiheit, wenn sie sich nicht äußern darf. So kann man für unser Thema sagen: Recht ist – idealerweise – die Regelung des Verhältnisses der Menschen untereinander und zu ihrer Gesellschaft, die dem (gemein) germanischen Wort „reht“ für „gerade“, „richtig“ entspricht.

Übrigens: Die (gemein)germanische Bedeutungen „gerade, richtig“ aus der Brockhaus Enzyklopädie von 1972 fehlt 1998, genauso wie der Verweis auf „recht“ beim Schlagwort „rechts“. Der positive Anklang von „rechts“ ist wohl politisch nicht mehr korrekt, obschon er auch für andere europäische Sprachen gilt: right, droit, diritto, derecho, naprawo/ prawo von prawo = Recht.

Freiheit des Lebens nach eigener Vorstellung bis zur Grenze der Freiheit anderer gehört zum Menschen – jedenfalls nach der abendländischen Vorstellung von Willensfreiheit. Das Recht soll die Freiheit des Einzelnen sichern. Menschen nehmen sich aber auch das Recht oder kämpfen dafür, frei nach eigenem Recht zu leben. Im Mittelalter kämpften die Stadtbürger Europas für ihre Freiheit, wenn sie ihnen nicht von oben gegeben wurde. Recht und Freiheit der Bürger hängen natürlich auch sehr davon ab, inwieweit ihr Gemeinwesen das Recht bewahrt, Herr im eigenen Hause zu

60 Vortrag vor dem Bismarckbund im Bismarck-Mausoleum in Friedrichsruh am 18. Juni 2011

sein. Das ist die brennende Frage für alle Demokratien der EU, da nur im Nationalstaat die Staatsgewalt demokratisch legitimiert ist.

Die Verbindung von Recht und Freiheit ist deutschen Städten des Alten Reiches offenbar besonders gut gelungen. Despotien, wie in Italien, gab es da kaum. Deutsche studierten zwar Recht in Bologna, danach auch in Padua, doch nicht italienische, sondern deutsche Stadtrechte, hauptsächlich die von Lübeck, Magdeburg, Nürnberg, waren bis in die Neuzeit hinein Exportschlager in Mitteleuropa bis über Kiew hinaus. Oft blieben deutsche Städte als Oberhöfe höchste Rechtsinstanz, sei es durch Rat oder durch Urteil. Diesen unterwarf man sich freiwillig! Das deutsche Recht bot also auch den weniger von Deutschen bewohnten Städten eine kluge Verbindung von Recht und Freiheit. Traurigerweise lernen selbst Juristen nicht mehr dieses Großartige unserer Geschichte. Dabei ist es zumindest in Belarus, noch sehr präsent. Schon 1990 sah ich in Brest an einem Museum ein Banner „600 Jahre Magdeburger Recht“.

Die Verbindung von Recht und Freiheit wurde im Allgemeinen Landrecht für die Preußischen Staaten verwirklicht. Von Friedrich d.Gr. 1780 in Auftrag gegeben, erschien schon 1784 der erste Teil als Entwurf. Die Grundidee dieses Rechts beschrieb ein hauptbeteiligter Justizreformer⁶¹ einem Kritiker so⁶²:

Meines Erachtens ist der Grundsatz der möglichsten Freiheit die Hauptregel, nach welcher das, was Recht ist, beurteilt werden muß. Ein Staat ist glücklich, wenn er aus Menschen besteht, welche ungehindert nach ihrer eigenen Überzeugung handeln, und Zwang nur gebraucht, um diejenigen einzuschränken, die Eingriffe in die Freiheit anderer wagen.“ Für das „gemeine Wohl“ und „Gerechtigkeit“ gelte der „Grundsatz ... so wenig Zwang als möglich.“⁶³

Im preußisch-deutschen Kaiserreich war das Rechtsbewußtsein so stark, daß selbst der Kaiser auf das gewünschte Auto-Nummernschild IA-1 per Gerichtsurteil verzichten mußte, weil der Besitzer des ersten Berliner Automobils es nicht hergab.⁶⁴

61 Ernst Ferdinand Klein, nach von Carmer und Suarez Hauptbeteiligter

62 in einem Brief an den dem Reformwerk kritisch gegenüberstehenden Geheimrat Johann Georg Schlosser, Schwager von J. W. Goethe gem. Peter Macke, „Allein die Gesetze sollen herrschen.“ In: Deutschland-Journal Sonderheft 2011 „Friedrich der Große – seine Bedeutung für das heutige Deutschland“.

63 „Deswegen muß sowohl der, welcher das gemeine Wohl, als auch der, welcher die Gerechtigkeit zu handhaben hat, von dem Grundsatz ausgehen, daß so wenig als möglich Zwang herrscht, und Zwang nur das Mittel ist, die Freiheit derer, die davon rechten Gebrauch machen, gegen Übergriffe anderer zu schützen.“

64 Ehrhardt Bödecker, Preußen und die Wurzeln des Erfolgs, 2004 Olzog-Verlag, S. 161 f.

Er durfte dann ohne Nummernschild⁶⁵ fahren – die Gefahr der Fahrerflucht mit Kaiserstander war ja wohl auch nur sehr gering. Die amerikanische Professorin Margret Lavinia Anderson hat ein dickes Buch über Demokratie im Kaiserreich geschrieben⁶⁶. Sie sagt mit Blick auf Frankreich, wo die Regierung Kommunen für ein gewünschtes Wahlergebnis durch sachlich unnötige Investitionen, z.B. Bahnlinien, bestach: „Der `nicht objektive´, d.h., politische Einsatz staatlicher Ressourcen, verletzte das deutsche Gefühl für Anstand.“ Anderson konstatiert, daß während des Kulturkampfes (1873-78/87) und der Sozialistengesetze (1878-90) die bekämpften Parteien, z.T. riesige Stimmengewinne erzielten⁶⁷, weil der angebliche Obrigkeitsstaat in erster Linie Rechtsstaat war: „Die Bürger des Kaiserreichs waren stolz darauf, einem Rechtsstaat anzugehören“, „Rechtsstaat“ deutsch geschrieben, auch im amerikanischen Original (weil aussagestärker als „constitutional state“). Dieser Rechtsstaat schützte den Wähler besser als anderswo, u.a., weil Wahlanfechtungen staatlich, kostenlos und rasch erfolgten; in Großbritannien und den USA waren sie schwierig und teuer.

Vor knapp 120 Jahren erklärte hier in Friedrichsruh Fürst Bismarck einem Engländer⁶⁸ das Ziel seiner staatlichen Rentenversicherung: Der Arbeiter sollte im Alter ein Recht auf eine Altersversorgung haben, die ihm bis zum Tode ein unabhängiges (also freies) Dasein ermöglicht. Der ehemaliger Vorsitzender des Bismarckbundes, Marklein, belegt anhand vieler privater Äußerungen Bismarcks, daß dieses Recht auf Sorgenfreiheit sein innerstes Anliegen war.

Ein wohl einmaliges Rechtsbewußtsein auch im Kriege beweist die Erklärung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vor dem Reichstag (4. August 1914)⁶⁹ nach dem Einmarsch in Belgien:

65 Dieses Privileg hat der englische Monarch noch heute

66 Margaret Lavinia Anderson: *Lehrjahre der Demokratie – Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich*. Aus dem Englischen von Sibylle Hirschfeld, Franz Steiner Verlag September 2009; Originalausgabe: *Practicing Democracy: Elections and Political Culture in Imperial Germany*, 2000 Princeton University Press

67 Die Sozialisten verdoppelten ihre Stimmengewinne in nur drei Jahren 1887-90.

68 Bismarcks Erbe in der Sozialversicherung von Günter G.A. Marklein, Direktor Bismarck-Museum Jever, Vortrag in Friedrichsruh am 6. April 2008: Gespräch mit Dawson am 18. April 1892 in Friedrichsruh gem. Gesammelte Werke Band 9: „Ich wollte an Stelle des Armengesetzes ein Staatsgesetz haben, das dem Arbeiter für sein Alter statt der Armenversorgung eine Pension sichern sollte, die ihm bis zum Tode ein unabhängiges Dasein ermöglicht. Meiner Meinung nach hat jeder Arbeiter das Recht auf ein Existenzminimum, und ich wünschte, dass ihm dies vom Staate eben in seiner Eigenschaft als Arbeiter gewährt werden sollte:“

69 Gerd Schultze-Rhonhof, 1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte, Olzog Verlag, München 2005, 4. Aufl., S. 62, Zitat nach Gerhart Binder, Epoche der Entscheidungen, Seewald Verlag, Stuttgart-Degerloch 1960, S. 62

So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht – ich spreche offen – das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist.

Vor diesem Hintergrund lassen Sie uns nun betrachten, wie es heute in Deutschland um Recht und Freiheit steht – gemessen an unserer Rechtsgrundlage, dem Grundgesetz. Dazu eine Anmerkung vorweg.

Manche Deutsche sagen, das Grundgesetz sei keine gute Grundlage, weil es gemäß seinem Art. 146 nach der deutschen Vereinigung eigentlich durch eine Verfassung hätte ersetzt werden sollen, „von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen“. Doch bitte bedenken Sie: Trotz Fremdherrschaft schufen rechte und linke Patrioten mit dem Grundgesetz für „das Deutsche Volk“(!) eine sehr gute De-facto-Verfassung. Eine neue würde nicht mehr von solchen Patrioten geschrieben. Die Bestimmung für das Deutsche Volk (Präambel, Artikel 1 GG), die Berufung auf das Sittengesetz (Artikel 2 GG), der besondere Schutz von Ehe und Familie (Artikel 6 GG) wie andere Wertvorstellungen gäbe es dann sicher nicht mehr. Diese Artikel werden zwar heute oft verletzt, aber solange es sie gibt, kann man sich auf sie berufen. Ohne sie könnte die heutige Politik Deutschland Stück für Stück per Gesetz abschaffen. Probleme liegen nicht in Wort und Geist des Grundgesetzes, sondern in der bis zur Pervertierung gehenden Ausführung durch Politik und Rechtsprechung, was mir erstmals die „zweite Enteignung“ von Besitz in Mitteldeutschland gezeigt hat. Das Grundgesetz gibt uns aber noch Recht und Freiheit, gegen Rechtsbruch anzugehen!

Wie steht es nun heute um Recht und Freiheit? Können wir guten Gewissens derer gedenken, die sich am 17. Juni 1953 offen empört und Zuchthaus oder sogar Leib und Leben riskiert haben? Urteilen Sie selbst.

Die Meinungsfreiheit darf nach Art. 5 (2) GG nur durch allgemeine Gesetze eingeschränkt werden. Das wird in Art. 19 GG noch einmal für jedes Grundrecht betont, mit dem Zusatz (Abs. 2): „In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.“ Das Bundesverfassungsgericht hat 2009 festgestellt, daß der § 130 StGB (Volksverhetzung) in Absatz 4⁷⁰, der die Meinungsfreiheit wesentlich einschränkt, kein all-

70 (4) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

Anm. d. Verf.: Der vorhergehende Absatz, der nicht Gegenstand des Prozesses war, müßte von seinem Inhalt her ebenfalls ein Sondergesetz sein: (3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art

gemeines Gesetz ist, denn er verbiete als Sonderrecht, gewisse offizielle Aussagen zum NS-Regime offen in Frage zu stellen. Dennoch hat das Gericht dafür die Bestimmung für „immanent“ mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt.⁷¹ Ein prominenter Jurist urteilte⁷²: „...die Karlsruher Neuerfindung ... reißt zusagen ein Loch ins Grundgesetz – mit schwer kalkulierbaren Folgen.“

Bald nach dem Urteil sagte der Präsident des höchsten Gerichts: Der Zweck des Staates ist die Gewährleistung der Freiheit⁷³. Ein vorzüglicher Beitrag zur Glaubwürdigkeit!

Alle Empfehlungen von seriösen Persönlichkeiten, wie u.a. Ralf Dahrendorf (nach meiner Erinnerung) oder zwei ehemalige Verfassungsrichter (Winfried Hassemer⁷⁴, Wolfgang Hoffmann-Riem⁷⁵), solche Bestimmung zu streichen, waren bisher erfolglos, auch der „Appell von Blois“, den französische, eher linke Historiker europaweit gegen politische Geschichtsdogmen initiiert haben.

Am 3. Juni 2011 hat allerdings der spanische Verfassungsgerichtshof die entsprechenden spanischen Bestimmungen für verfassungswidrig erklärt.⁷⁶

Das offene Bestreiten gilt als Volksverhetzung, eventuell als Beleidigung und als Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener, oder auch noch als Billigung, Verherrlichung und Rechtfertigung des NS-Regimes. Das meines Erachtens Schlimmste: Bestreiten gilt als leugnen! Leugnen bedeutet aber, etwas wider besseres Wissen bestreiten. Das heißt, den Beschuldigten wird unterstellt, sie wüßten es besser und lügen. Dies widerspricht dem Grundsatz „in dubio pro reo“, im Zweifel für den Angeklagten. Bedenklicherwise erkennen selbst Juristen oft nicht das Unrecht, leugnen zu unterstellen, wo nur bestreiten feststellbar ist. So erleiden Menschen wegen dieser und anderer Bestimmungen des § 130 StGB bis zu fünf, bei Verstoß gegen mehrere Bestimmungen bis zu 12 Jahre Haft (Horst Mahler). Diese Bestrafung von Meinungsäußerungen, muß jeden rechtlich Denkenden erschrecken, auch wenn er die bestrafte Meinung ablehnt. Unfaßbar wird ihm sein, daß in diesen Prozessen der Anwalt des Angeklagten seine Pflicht nicht erfüllen darf. Will er Beweise für die Wahrheit der Aussagen des Angeklagten vorbringen oder Gründe

in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.

71 1 BvR 2150/08 gem. JUNGE FREIHEIT 48/09 v. 20.11.09, S.11 und 49/09 v. 27.11.09, S.10

72 Vors. Richter am LG a.D. Günter Bertram in: *Deutsches Nachrichtenmagazin Zuerst!* „Heft 1, Januar 2010, S. 28 – 33

73 FAZ v. 19.1.2010

74 Süddeutsche Zeitung v. 10.06.2006, Interview

75 Tagesspiegel v. 10.07.2008, Innenpolitik

76 http://www.globalfire.tv/nj/11de/verfolgungen/beginn_der_menschenrechtsrevolution.htm

für dessen guten Glauben, so droht ihm dieselbe Anklage und Strafe wie seinem Mandanten. Auch entsprechende Veröffentlichungen und ihre Verbreitung werden so bestraft.

In dieser Richtung wirkt auch der Verfassungsschutz der Länder und des Bundes mit seinen jährlichen Berichten. Darin werden Menschen und Institutionen ohne rechtskräftiges Urteil des verfassungsfeindlichen Extremismus beschuldigt. Der Verfassungsschutzbericht des Bundes für 2009, den ich hier als Beispiel nehme (S. 18), nennt das „Vorfeldaufklärung, d.h., der Staat reagiert nicht erst dann, wenn Extremisten gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen, Der Verfassungsschutz ist somit ein Frühwarnsystem der Demokratie.“

Das sogenannte Frühwarnsystem verteilt also administrativ den Stempel „verfassungsfeindlicher Extremismus“. „Linke“ berührt das in der Praxis nicht, denn sie können über Projekte „gegen rechts“ sogar noch staatliche Förderung erhalten. Für „Rechte“ ist es dagegen existenzgefährdend oder -vernichtend.

Das nenne ich „amtlichen Rufmord“! Begründung für ihre Einstufung ist unter anderem: „völkischer Nationalismus“, „Streben nach Systemüberwindung“, „Antisemitismus“ auch „durch Andeutungen“, „Leugnung der Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs“, „Kritik an Umerziehung“.

Verlage werden gebrandmarkt, weil sie „... vor allem revisionistische Ausführungen (veröffentlichen), in denen die historisch gesicherte Betrachtung der Geschichte des Dritten Reiches infrage gestellt und als Ergebnis einer ideologischen Umerziehung durch die Alliierten dargestellt wird.“

Die Schlagworte lassen schon erkennen, daß viele Tatbestände durch Interpretation geschaffen werden.⁷⁷ Der Verfassungsschutz kennt die geschichtliche Wahrheit und auch das Motiv für andere Meinungen (S. 130):

Rechtsextremisten leugnen meist ihre eigentliche Motivation und behaupten, sich als objektive Forscher um die Aufklärung historischer Sachverhalte zu bemühen. Sie geben vor, den bisherigen Wissensstand aufgrund neuer Erkenntnisse und Forschungsergebnisse ... zu korrigieren. In Wahrheit handeln sie aus dem politischen Motiv, das Geschichtsbild über das Dritte Reich und den Nationalsozialismus zugunsten einer wohlwollenden bis rechtfertigenden Betrachtung umzuschreiben.

⁷⁷ Der Verfassungsschutz erfindet z.B. ein „Streben nach Systemüberwindung“, wo im entscheidenden Passus eines Zitats nur eine Hoffnung erkennbar ist: „Das System aktiv politisch zu stürzen liegt nicht in unserer Hand, nach dessen absehbarem Scheitern die Avantgarde eines neuen Deutschlands zu sein, schon.“ (S. 78)

Selbst, wenn das stimmte, was hätte es mit der Gefährdung der Verfassungsordnung zu tun? Gar nichts, denn das Bundesverfassungsgericht sagt sogar im vorhin genannten Urteil (Ziff. 50)⁷⁸:

Geschützt sind von Art. 5 Abs. 1 GG auch Meinungen, die auf eine grundlegende Änderung der politischen Ordnung zielen ... Das Grundgesetz vertraut auf die Kraft der freien Auseinandersetzung als wirksamste Waffe auch gegen die Verbreitung totalitärer und menschenverachtender Ideologien. Dementsprechend fällt selbst die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts als radikale Infragestellung der geltenden Ordnung nicht von vornherein aus dem Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 GG heraus.

Heraus fallen natürlich solche Meinungen, die auch zur Gewalt aufrufen.

Warum brandmarkt trotzdem der Verfassungsschutz Abweichungen vom offiziellen Geschichtsbild? Der aus Funk und Fernsehen bekannte, 1999 verstorbene, Publizist Johannes Gross, hat es 1989 im Buch „Phönix in Asche“ erklärt:

Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen.

Ein hervorragender ausländischer Völkerrechtler und Historiker schrieb mir kürzlich dazu: Die Suche nach geschichtlicher Wahrheit wird als „Relativierung“, „Revisionismus“, „Verleugnung“, „Verharmlosung“ – sogar manchmal als Hetze behandelt. Wissenschaftliche Methodik gilt nicht mehr. Geschichtsschreibung orientiert sich auf das politisch korrekte Ergebnis, gesehen durch das Prisma des Zeitgeistes, und anachronistisch gewertet. Die Gerichte sind nicht frei, die Richter werden durch Diffamierung eingeschüchtert, Rechtsanwälten droht Bestrafung, Historiker befürchten den beruflichen Tod.

Das Recht und die Freiheit der Deutschen, werden durch die Verfassungsschutzberichte verletzt. Betroffen sind nicht nur Artikel 1, Menschenwürde und Artikel 5, Meinungsfreiheit, sondern zumindest auch Artikel 2, Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, und Artikel 12, Berufsfreiheit, weil die Nennung im Bericht, „Sanktionswirkung“ hat, wie es dort heißt (S. 24); wie gesagt, fast nur für „Rechte“. Somit sollen in dieser Hinsicht die Berichte politische Korrektheit herstellen und haben mit dem Schutz der Demokratie überhaupt nichts zu tun.

Höchste Politiker besuchten seinerzeit RAF-Terroristen im Gefängnis, um sie zur Einkehr zu bewegen, wie es sinngemäß hieß, ohne daß ihnen

78 1 BvR 2150/08 gem. JUNGE FREIHEIT 49/09 v. 27.11.09, S.10; oder Google: „BVerfG 1 BvR 2150/08 vom 04. 11. 09“

linksextreme Gesinnung unterstellt worden wäre; RAF-Verteidiger wurden Minister oder beachtete Bundestagsabgeordnete. Wer aber sogenannte Rechtsextremisten verteidigt, wird mit seinen Mandanten gleichgesetzt; wer als hervorragender Historiker in einem sogenannten rechtsextremistischen Verlag publiziert, wird selbst von einer konservativen Zeitung nicht rezensiert; hält ein Mitglied einer konservativen Gesellschaft vor sogenannten Rechtsextremen einen grundgesetztreuen Vortrag, werden seiner Gesellschaft „Überschneidungen mit rechtsextremistischen Organisationen“ nachgesagt.⁷⁹ Hier ist nicht von Bedeutung, was jemand sagt oder schreibt, sondern allein wo. Auch Konservative meiden deshalb, um sich selbst oder ihre Vereinigung zu schützen, den Kontakt zu den Stigmatisierten⁸⁰. Deshalb gibt es zwischen Konservativen und sogenannten Rechtsextremen keinen Austausch, mit dem etwa extreme Vorstellungen in vernünftige Bahnen gelenkt werden könnten.

Im Kaiserreich dagegen, schreibt die anfangs genannte Berkeley-Professorin, wurde keine Partei „ausgegrenzt“ (deutsches Wort im amerikanischen Original). Von Anfang an wurden durch einfaches Reichstagsvotum vorherige Verhaftungen und Gerichtsverfahren von Gewählten für die Wahlperiode aufgehoben, selbst für die damals extrem systemfeindlichen Sozialdemokraten. Deren Führer Bebel hatte noch 1903 auf dem Dresdner Parteitag unter Applaus gerufen: Ich will der Todfeind dieser Gesellschaft in dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen.⁸¹

Damals war man fair: In Hamburg sammelten bürgerliche Progressive große Summen für die Familien von 65 aus der Stadt gewiesene Sozialisten. Zwei Abgeordnete des Zentrums waren gefeierte Strafverteidiger für Sozialisten. Zugunsten des besten Kandidaten sprang man bei Stichwahlen mit erstaunlichsten Wahlabsprachen über ideologische Gräben: Katholiken stimmten für einen Kulturkämpfer, Antisemiten für einen sozialistischen Juden; sozialdemokratische Arbeiter wählten lieber Friedrich Krupp als einen Kollegen vom linken Flügel des Zentrum. „In diesem System wurde keine Partei `ausgegrenzt‘“ betont die Autorin noch einmal mit dem deutschen Wort.

Heute hat sich in unserer angeblich pluralistischen Gesellschaft eine Recht, Freiheit und Menschenwürde mißachtende Intoleranz des politisch Korrekten ausgebreitet, die jeden medial und politisch lyncht, der auch

79 So geschehen durch den Hamburger Verfassungsschutz gegenüber der SWG, durch den Stv. Leiter gem. Hamburger Abendblatt v. 21.09.1999

80 O.a. Verfassungsschutzbericht 2009, S. 117: „der Grund für das ... niedrige intellektuelle Niveau der deutschen rechtsextremistischen Szene liegt nicht zuletzt in dessen (sic) weitgehender gesellschaftlicher Stigmatisierung.“

81 Ehrhardt Bödecker, *Preußen und die Wurzeln des Erfolgs*, S. 171

nur angeblich dagegen verstößt, wie Martin Hohmann, oder es zumindest mit Macht versucht, wie bei Thilo Sarrazin. Der Staatsrechtslehrer Karl Albrecht Schachtschneider sagt:

Die Meinungsäußerungsfreiheit der Medien ist groß, die des Bürgers klein. Der Bürger hat keinen wirksamen Schutz der Persönlichkeit. Wer eine Wahrheit sagt, die der Linken nicht gefällt, ist Rechtsextremist. ... Der Persönlichkeitsschutz wird zwar in der Würde des Menschen und im Freiheitsprinzip, also in höchsten Werten verankert, aber er findet in der Sache nicht statt.⁸²

Wer aber mit „Bomber Harris, do it again“-Bannern eindeutig das Andenken Verstorbenen verunglimpft, bleibt unbehelligt. Im „Kampf gegen Rechts“ sind bereits alle Dämme des Anstands gebrochen. Stigmatisierten Vereinigungen und Parteien werden Bankkonten, Hotelunterkunft und Räume verweigert. Ihre Demonstrationen werden gewaltsam verhindert, auch mit Zulassen der Polizei; höchste Politiker betätigen sich durch den Aufruf zur Blockierung und deren Anführen als Straftäter – denn das Blockieren einer genehmigten Demonstration ist eine Straftat.⁸³ Politiker fordern Firmen auf, „Rechtsextreme“ zu entlassen. Die bei uns eingerissenen, oft sogar als „mutig“ oder „Zivilcourage“ gelobten Rechts- und Sittenwidrigkeiten kann ich hier gar nicht alle aufzählen.

Dieses Klima der medial und politisch geförderten Intoleranz wirkt sich auch auf die Behandlung ganz praktischer Fragen aus, beispielsweise zur Wirkung von CO₂. Wer mit guten Gründen den Treibhauseffekt bezweifelt, wer für Atomstrom ist, der wird an den politischen Rand gedrängt. Damit wird eine sachliche Diskussion bereits im Keim erstickt.

Der Niedergang des Bewußtseins für Recht und Freiheit hat auch zur Folge, daß die Politik u.a. die Bürger hemmungslos gängelt, ihnen Zusatzbelastungen verordnet und hektisch Abmachungen und Gesetze umwirft, wie jetzt beim „Atomausstieg“ mit seinen gravierenden wirtschaftlichen und europapolitischen Kosten.

Doch es gibt noch grundsätzlichere Verstöße gegen Recht und/oder Freiheit: Obschon nur gewählte Abgeordnete befugt sind, über die Richtung der Politik in Koalitionsverträgen zu entscheiden, bestimmen darüber Parteiversammlungen – „die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht“, wie es schon fast sprichwörtlich heißt.

⁸² Schachtschneider a.o.a.O., S. 14

⁸³ Karl Albrecht Schachtschneider, Für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat gemäß Grundgesetz in: Deutschland-Journal, Sonderausgabe 2010 „Wie geht unsere Politik mit Deutschland um“, S. 35

Auch: Jürgen Schwabe (Prof. für Öff. Recht), „Schottern und Blockieren“, in: JUNGE FREIHEIT v. 17.06.2011, S. 18

Die Regierung versagt den Vertriebenen nicht nur die Unterstützung für ihre völkerrechtlich berechtigten Ansprüche, sondern macht sogar dagegen Front und nimmt ihnen so die Freiheit des Handelns.

In Deutschland werden ehemalige Soldaten als Kriegsverbrecher beschuldigt und gerichtlich verfolgt. In den ehemaligen Feindstaaten wird aufgrund gesetzlicher (Italien, Frankreich) oder De-facto- Amnestien deswegen kein eigener Staatsbürger belangt.⁸⁴ Auch deutsche Gerichte verfolgen nicht deren Verbrechen an Deutschen.

Die Richter stehen unter dem Druck medialer Vorverurteilung; nach über 60 Jahren werden sehr dubiose „Beweise“ eher „im Zweifel gegen den Angeklagten“ ausgelegt, strengste Verurteilung wird als „Signal“, „Symbol“, „Akt der Justizhygiene“ gefeiert.⁸⁵ Ist das das Recht eines Rechtsstaats?!

Dem Volk wird die fast zügellose Einwanderung (beschönigend „Zuwanderung“ genannt) mit all ihren Problemen und Kosten aufgebürdet, ohne daß der Staat wenigstens das natürlichste Recht der Welt durchsetzen würde, das heißt: Der Gast hat sich den Gesetzen, Sitten und Gebräuchen des Gastgebers anzupassen; wenn er es nicht tut, muß er gehen. Im letzten Jahr haben nur knapp 15 % der Ausreisepflichtigen Deutschland tatsächlich verlassen!^{86 87}

Dem Volk wurde seine sichere D-Mark genommen, wozu man nicht von ungefähr in Frankreich schrieb, dies sei ein Versailles ohne Krieg.

Dem Volk wurde der Lissabon-Vertrag übergestülpt, mit dem „endgültig der Schritt vom Staatenverbund zum Bundesstaat“ gemacht wird, womit Deutschland grundgesetzwidrig praktisch seine Souveränität, sein Recht im eigenen Haus, an einen demokratisch nicht legitimierten Unionsstaat abgibt, wie Karl Albrecht Schachtschneider sagt.⁸⁸ Der Altbundespräsident Roman Herzog urteilte kürzlich scharf, daß Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat „leichtfertig Kompetenzen abgeben“ an einen

84 Siehe: Menno Aden, Ein deutscher Kriegsverbrecherprozess, in: Deutschland-Journal, Sonderausgabe 2010, S. 131 ff.

85 Siehe: Ingo von Münch, Rechtspolitik und Rechtskultur. Kommentare zum Zustand der Bundesrepublik Deutschland, Berliner Wissenschaftsverlag 2011, S. 202 f.

86 Preußische Allgemeine Zeitung (PAZ) v. 28.05.2011, S. 24: 14,8% gem. einer Arbeitsgruppe von Bund und Ländern.

87 Steckt dahinter vielleicht sogar Methode? Nach meiner Information sagte Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 02.01.2005: „Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig.“
Renate Schmidt, SPD, 2002-2005 Bundesfamilienministerin, sagte am 14.03.1987 im Bayerischen Rundfunk: Die Frage, ob die Deutschen aussterben, das ist für mich eine, die ich an allerletzte Stelle stelle, weil dieses ist mir, also so, wie sie hier gestellt wird, verhältnismäßig wurscht.“

88 Deutschland-Journal Sonderausgabe 2008 „Wie kann Deutschland die Zukunft meistern?“ „Freiheit und Recht in der EU“, S. 11-46

EU-„Uniformismus“, der „nie so vereinbart“ war und „auch durch nichts demokratisch legitimiert“ ist. Die Bundesregierung, sagt er, spricht zwar in Ministerratstagungen „nachdrücklich“, hier und da von „einem rechtswidrigen Eingriff in die nationale Hoheit“, bei der Abstimmung enthält sie sich aber der Stimme „um die Richtlinie nicht zu blockieren. In der EU heißt das ‚German vote‘.“⁸⁹

Dem Volk wird die Übernahme einer Bürgschaft für den sogenannten Euro-Rettungsschirm verordnet, die fast unbegrenzt ist, weil Deutschland damit auch für die Bürgen einzutreten hat, die im Bürgschaftsfall nicht zahlen können, was auch bei Ländern wie Italien, Spanien und Frankreich wahrscheinlich ist. So haben nicht einmal frühere Despoten das Vermögen und die damit verbundenen Rechte und Freiheiten ihrer Untertanen aufs Spiel gesetzt!

Der vorhin zitierte ausländische Jurist und Historiker schrieb mir:

Die Deutschen sind seit 1968 in ihrer Beziehung zur Wahrheit, zu Werten, zur Ehre verblendet. Vor allen Bereichen der deutschen Gesellschaft steht ein Berg der intellektuellen und emotionellen Unredlichkeit.

Unredlich ist die Diskussion um die Präimplantationsdiagnostik (PID), wenn man hier von Menschenwürde spricht, aber Abtreibung erlaubt.

Ein weiteres Beispiel: Der Stat muß Recht und Freiheit der Bürger durch öffentliche Sicherheit schützen. Für die häufigen, geradezu abartige Gewalttaten Jugendlicher sind Gründe und Lösungsvorschläge besonders durch Kerstin Heisigs „Das Ende der Geduld“ und Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ deutlich benannt und überwiegend anerkannt. Trotzdem fehlt der Mumm, die Probleme entschieden anzugehen. Härte gäbe Ärger, nicht von den Bürgern, aber von den viel lautereren Gutmenschen, denen Verständnis für Übeltäter wichtiger ist als Opferschutz. So wird auch dieses Problem lieber schöngepredet. Unredlichkeit zum Schaden von Recht und Freiheit.

Wir können also des 17. Juni 1953 nicht mit dem guten Gewissen gedenken, das wir nach dem Grundgesetz eigentlich haben müßten.

Denn Recht und Freiheit sind teils schon aufgehoben, teils massiv in Gefahr. Nur: Es interessiert offenkundig kaum jemanden. Den Verstoß gegen Recht und Freiheit in Form der finanziellen Verpfändung unserer Zukunft werten sogar der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages und der Bundesrechnungshof als potenziellen Verfassungsbruch.⁹⁰ Trotzdem gibt es keine Medien-Kampagne, wie z.B. in dem für Deutschlands Zukunft völlig unerheblichen Fall Guttenberg, geschweige denn einen wirklichen

89 Interview in JUNGE FREIHEIT v. 27.05.2011, S. 3

90 Fiedenskomitee 2000, Pressespiegel 4/2011, S. 1

Aufbruch im Bundestag. Es geht uns ja gut, besser als fast allen Nachbarn, Deutschland ist weltweit sehr beliebt und Exportmeister, wir haben einen letztlich gut funktionierenden Staat, der allergrößte Teil der Bevölkerung arbeitet pflichtbewußt – selbst die Omnibusse sind bewundernswert pünktlich. Noch dürfen wir ungestraft der Politik und Justiz Rechtsbrüche vorwerfen und auf der ersten Seite des SWG-Portals schreiben: Grundsatz- und vaterlandslose Zyniker der Macht, zu denen wir wohl auch unsere Kanzlerin rechnen müssen, entscheiden über unsere Geschicke.

Wen interessieren da ein paar Strafen für „falsche“ Meinungen, die selbst Juristen kaum bekannt sind? Wen stört da die zunehmende Gängelung durch den Staat und die gemachte „öffentliche Meinung“? Was kümmert der „Euro-Rettungsschirm“? – wird schon irgendwie gut gehen. Die tägliche Arbeit ist meist intensiv, denn nicht umsonst schaffen wir bei weniger Jahresarbeitszeit mehr als andere EU-Länder; man genießt seine Freizeit, engagiert sich vielleicht in einem Verein – aber die Politik kann man eh nicht ändern, also was soll’s? Diese und ähnliche Einstellungen sind menschlich. Ich bin mir selbst der Nächste (proximus sum egomet mihi) ließ schon vor 2150 Jahren der römische Dichter Terenz in einer Komödie sagen. Das etwa 100 Jahre spätere Wort des Horaz Nam tua res agitur paries cum proximus ardet – Denn dich geht’s an, wenn’s beim Nachbarn brennt haben wahrscheinlich immer nur wenige als Verpflichtung empfunden. So wird auch bei uns trotz düsterster Warnungen keiner für Recht und Freiheit auf die Straße gehen, solange sich die Lage nicht ganz dramatisch, für jeden unerträglich verschlechtert.

Was tun?

Pessimistisch resignieren? Ich empfehle Optimismus, schon deshalb, weil der Optimist nur betrübt ist, wenn seine Erwartung nicht eintrifft, der Pessimist aber immer. Außerdem gibt es gute Gründe für Zuversicht. Zunächst die Erfahrung, daß jede Welle über kurz oder lang bricht. Das wird auch für die Trendwelle seit 1968 gelten. Sarrazin wäre vor zwei Jahren noch politisch geteert und gefedert worden. Außerdem: Wenn ein Problem den drohenden Verlust von Recht und Freiheit direkt spürbar macht, kann eine Persönlichkeit mit besonderer Überzeugungskraft viele Menschen bewegen, dafür „auf die Barrikaden“ (Bahrng) zu gehen. So geschehen in Hamburg: Ronald Schill gewann mit dem Thema öffentliche Sicherheit auf Anhieb 19%. Letztes Jahr wurde das „Schuldiktat“ der Grünen rasch abgeschüttelt und bald darauf auch die Regierung. Wenn solche Bewegungen auch einmal für längere Zeit wirksam bleiben, haben Recht und Freiheit eine gute Chance.

Wir haben in Deutschland meist niedrigere Preise als sonst in Europa. Höhere lassen sich gegen die Sparsamkeit der Kunden nicht durchsetzen. Dieses Preisbewußtsein wird gepflegt, weil alle, betucht oder nicht, un-

geniert darüber sprechen. Stellen Sie sich vor, dies geschähe wenigstens annähernd so auch in Sachen Recht und Freiheit, und es gäbe dort keine „Schweigespирale“ (Elisabeth Noelle-Neumann), in der die Linken (vereinfacht gesagt) sich ungehemmt bestätigen, und die Rechten (wieder vereinfacht), immer mehr schweigen oder sich anpassen, bis ihre Meinung kaum noch vorkommt. Diese Lufthoheit haben die Linken überwiegend nicht mit besseren Argumenten, sondern durch ihr Selbstbewußtsein und die Schlaptheit der Rechten gewonnen.

Wenn nun jeder bei jeder passenden Gelegenheit offen spricht, im kleinen oder größeren Kreis, auch auf die Gefahr anzuecken, wird sich mit der Zeit einiges ändern. Unabhängig davon, ob man andere überzeugt, kann es dadurch zumindest wieder üblich werden, die politische Korrektheit zu durchbrechen und so offen zu diskutieren, daß „alternativlos“ ein Unwort wird.

Zur Freiheit gehört nämlich unbedingt das Recht, Alternativen abzuwägen.

Kein Gedanke darf nur deshalb verworfen werden, weil er von „links“ oder „rechts“ kommt. Es muß immer um die Sache und die beste Lösung gehen. Natürlich muß dieser Mut zur eigenen Meinung sich auch in Leserbriefen, Briefen und E-Post an Abgeordnete, an Radio- und Fernseh-Sender, in der Teilnahme an Meinungsumfragen, Blogs und Abgeordnetenchecks im Internet deutlich zum Ausdruck kommen. Auch der nichtgedruckte oder unbeantwortete Brief kann Wirkung haben, denn man weiß, daß hinter jeder Äußerung sehr viele der „schweigenden Mehrheit“ stehen.

Ein ganz wichtiges Ziel ist meines Erachtens, Volksbegehren und Volksabstimmungen auch auf Bundesebene durchzusetzen. Die Politik wird sich sehr dagegen sträuben⁹¹, aber nachgeben, wenn das Drängen danach übermächtig wird. Dann wäre es auch möglich den Parteien, die sich den Staat zur Beute gemacht haben (u.a. Richard v. Weizsäcker), die Beute wieder zu entreißen. Dies ginge z.B. durch die Einführung eines Mehrheitswahlrechts, das alle Abgeordneten, weil persönlich und nicht über eine Liste gewählt, viel selbstständiger gegenüber ihrer Partei machte. Zudem gäbe es dann sicher auch viel mehr freie Abgeordnete.

91 Nachträgliche Bestätigung: Der Vorsitzende der SPD Sigmar Gabriel sagte der *Bild am Sonntag* v. 25.09.2011: „Über grundsätzliche Fragen der Europapolitik sollte das Volk in Zukunft direkt entscheiden. Auch in Deutschland.“ Darüber berichteten am nächsten Tag auch andere Zeitungen.

Doch weitere Äußerungen dazu ließen sich in den folgenden zwei Tagen nicht finden. Dieses Schweigen zu einer wesentlichen Frage ist angesichts der sonst üblichen politischen Aufgeregtheit bei Bagatellfragen äußerst bemerkenswert.

Dies läßt sich natürlich nur per Volksabstimmung erreichen, denn Partei-frösche werden nie ihren eigenen Teich austrinken. Persönlich gewählte, persönlich verantwortliche Abgeordnete werden sicher mehr Mut haben, die Spinnwebe der politischen Korrektheit zu zerreißen.

Nur wenn wir, denen Recht und Freiheit am Herzen liegt, selbstbewußt und mutig dafür eintreten, und zugleich auch praktisch etwas dafür tun, haben wir die Chance, in einiger Zeit wieder guten Gewissens der Tapferen vom 17. Juni 1953 gedenken zu können.

*

Was wir wollen können – Bürgerliche Identität heute

von

Prof. Dr. Harald Seubert

Aus einem von der SWG angeregten Buch wird hier das erste Kapitel leicht geändert vorweggedruckt.

1. Grundlagen des Konservatismus

Der Konservatismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts muß auf der Höhe der Moderne sein. Er wird nicht hinter sie zurückfallen dürfen, hinter Demokratie, freiheitlichen Rechtsstaat, Pluralität; ebensowenig wird er aber Tabus und Denkverbote unbefragt hinnehmen, die aus verschiedenen Deformationen des freiheitlichen Rechtsstaates hervorgingen. Ein moderner Konservatismus steht vor besonderen Herausforderungen. Gleichwohl muß er nicht neu erfunden werden. Zeichen konservativen Denkens ist es immer, Zukunft aus Herkunft zu gewinnen und aus einem großen Erbe die Leitbegriffe und die Orientierung zu beziehen.

Günter Rohrmoser sprach in seinen letzten Lebensjahren gar vom Konservatismus als einem „Überlebensimperativ“. Es gibt auch vage Anzeichen, daß diese Forderung wahrgenommen wird: auch die „Wutbürger“ und Wähler der Grünen heute weisen teils sogar beträchtliche Schnittmengen zu konservativen Auffassungen auf. Immer häufiger stößt man auf konservative Gehalte bei Autoren, die im sozialliberalen oder gar im dezidiert linken Milieu stehen. Man muß jedoch zugleich die Gegenthese hinzudenken: Konservatismus ist heute weniger denn je selbstverständlich. Die maßgeblichen institutionellen Hebel der Gesellschaft, namentlich der Medien, geben einen Mainstream vor, der letztlich auf alten Fortschrittsdampfern fährt: Emanzipation von Herkunft und alteuropäischem Ethos, größtmögliche Flexibilisierung und ein in der Linken beheimatetes Gutmenschentum geben den Takt vor. Desavouierungen und Kampagnen hat der Konservative zu gewärtigen, wo immer er, was für Konsens gilt, in Frage stellt. So notwendig der Konservatismus sein mag, so sehr wird ihm der Weg in Deutschland erschwert, vor allem in jenen einflußreichen medialen „Seichtgebieten“, in denen die grundlegenden Gegenwartsfragen kaum angesprochen werden, und dank deren wir offensichtlich intellektuell weiter unter unserem Niveau leben.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, daß ein Konservatismus des 21. Jahrhunderts politisch und strategisch erst wieder diskurs- und dann durchsetzungsfähig gemacht werden muß. Zu diesem Ziel wird er sich aber auch von alten Gewohnheiten trennen müssen: Er darf sich nicht in Kleinlichkeiten erschöpfen, er muß und wird in einer Vielfalt von Stimmen zu sprechen haben. Konservatismus eignet sich nicht für bloße kurzatmige Medien- oder Wahlkampagnen. Deshalb sollte er auf zwei Säulen stehen: einer politisch strategischen *und* einer institutionellen.

Die sich rapide verändernde Weltlage bringt erkennbar ein Vergehen und Alt- und Grauwerden von Ideologien mit sich, die sämtlich im 19. Jahrhundert entstanden sind und aus denen bis heute die demokratischen Parteien leben. Offensichtlich ist, daß Idee und Substanz des Sozialismus weitgehend verblaßt sind. Die alten Industriegesellschaften, in und aus denen er sich begründete, haben seit den späten siebziger Jahren und ihrer IT-Revolution ihre Grundlage verloren.⁹² Es gibt gute Gründe, ein Absinken und Vergehen dieser alten Sozialdemokratie praktisch parallel mit dem Niedergang des totalitären Kommunismus zu konstatieren.

Und der Liberalismus? Dort, wo er sich nicht eines positiven bürgerlichen Fundamentes inne ist, wo seine Freiheit negativ auf Permissivität angelegt ist, wo er ökonomisch die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, etwa den Zusammenhang von Unternehmertum und Haftung preisgibt, bleibt er gerade im Moment seines Triumphes farblos. Ja, er droht sich selbst überflüssig zu machen. Krisen des Wachstums und Wettbewerbs vermag er nicht standzuhalten.⁹³

Die großen Bewegungen sozialer Marktwirtschaft, jene Strömungen, die ursprünglich Neoliberalismus hießen und aus dem Geist christlicher Soziallehre schöpften, sind immer aus einem Zusammenhang von konservativen und liberalen Momenten geschaffen worden. Denker wie Müller-Armack oder Röpke wußten, anders als die heutigen Turbo-Liberalisten, um den Bereich „Jenseits von Angebot und Nachfrage“.⁹⁴ Gerade daran wäre heute dringend wieder anzuknüpfen! Fatal wäre es hingegen, wenn, wie es im öffentlichen Sprachgebrauch lange Zeit geschehen ist, konservativ mit einer schrankenlosen New economy gleichgesetzt würde.

92 Dazu M. Stürmer, *Welt ohne Weltordnung. Wer wird die Erde erben?* Hamburg 2006. Ferner B. Seebacher, 1989. *Zufall oder Notwendigkeit?*, in: Ph. Jenninger, R. W. Peter und H. Seubert (Hgb.), *TAMEN! Gegen den Strom. Günter Rohrmoser zum 80. Geburtstag.* Stuttgart 2007, S. 569 ff.

93 Dazu die scharfen Analysen von G. Rohrmoser, *Die immanenten Schranken des Liberalismus*, in: ders., *Kampf um die Mitte. Der Moderne Konservatismus nach dem Scheitern der Ideologien.* München 1999, S. 315 ff., vgl. ferner: ders., *Der Ernstfall. Die Krise unserer liberalen Republik.* Frankfurt/Main 1994.

94 W. Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage.* Bern 1958 u. ö.

So zutreffend die ideelle und ideologische Entleerung von Sozialismus und des ökonomisch verengten Liberalismus ist,⁹⁵ so scheint doch, wenn man nicht ein tieferes Fundament findet, die Spätmoderne weiterhin zwischen ihnen hin- und herzuschaukeln, diesen unscharf gewordenen Gedankengebäuden aus dem 19. Jahrhundert, die deshalb, wenn überhaupt noch, eine nur geringe Bindekraft haben.⁹⁶

Der Konservatismus, so lautet deshalb meine Folgethese, reicht dort, wo er Verbindlichkeit beanspruchen kann, weiter als in die ideenpolitischen Prägungen des späten 18. und des 19. Jahrhunderts. Er wurzelt tiefer, im alteuropäischen Habitus selbst. Er artikuliert sich freilich als politisches Ideengebäude erst im Gegenzug gegen die Auslöschung dieses Erbes in der Französischen Revolution. Sichtbar wird er, sobald er nicht mehr selbstverständlich ist, in den großen Denkern des Ancien régime wie Burke oder Tocqueville.⁹⁷

Der Konservatismus ist dabei seinem Wesen nach antiutopisch, und, dies muß man zugestehen, in seiner Tradition vor allem in der Diagnose stark. Utopie, Entwurf, Therapie treten demgegenüber eher in den Hintergrund. Die Reißbrett-Entwürfe sind seine Sache nicht, weil er um die Grenzen der Planbarkeit weiß. Die nüchterne Erkenntnis der Realität aus einem großen humanen Erbe macht seine Bedeutung aus, im Blick auf ein langfristiges, kluges Handeln, von dem schon Aristoteles sprach (phronesis) und das Kant auf den Begriff der „Urteilkraft“ brachte.

Man darf sich indes keinerlei Illusionen darüber hingeben, daß die Lage des Konservatismus in Deutschland eine grundsätzlich andere als in anderen europäischen Kulturnationen ist: Traditionen und Lebensformen, Adel, Großbürgertum, wie sie in Frankreich oder England oder Italien noch bestehen und auf die sich bei allen sonstigen Verwerfungen ein gleichsam selbstverständlicher konservativer Habitus begründen kann, sind hierzulande weitgehend abgebrochen. Die Desavouierung alles dessen, was konservativ ist als rechts und seine folgenreiche vergangenheitspolitische Identifizierung mit „rechtsextrem“ ist ein geläufiges Problem. Sie sieht sich durch die NS-Geschichte im 20. Jahrhundert legitimiert. Um so bedeutsamer ist es, die feinen, doch scharfen Unterscheidungslinien anzugeben, die zwischen solchen Extremismen und einem wohlverstandenen Konservatismus verlaufen.

95 Vgl. auch die tiefdringende Kritik von Dahrendorf, Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. (Krupp)Vorlesungen zur Politik der Freiheit im 21. Jahrhundert. München 2003, denen dieses Papier besonders viel verdankt. Siehe auch: Ders., Der Wiederbeginn der Geschichte. Vom Fall der Mauer zum Krieg im Irak. Reden und Aufsätze München 2004.

96 Hierzu mein Buch: Jenseits von Sozialismus und Liberalismus. Ethik und Politik am Beginn des 21. Jahrhunderts. Gräffelfing 2011.

97 Vgl. auch die materialreiche, das Konservative Moment freilich unzulässig historisierende Monographie von P. Konylis, Konservatismus. Stuttgart 1988.

Es reicht indes gerade angesichts dieser prekären deutschen Situation keineswegs aus, darauf zu verweisen, man solle über das konservative Moment keine großen Worte machen, sondern es „nur leben“. Dies setzt eine Selbstverständlichkeit voraus, die nicht mehr gegeben ist. Contre coeur muß der Konservative sich auf den Begriff bringen, sich erklären. Ein moderner Konservatismus ist nicht rückwärtsgewandt, er fragt aber nach dem Zusammenhang von Gegenwart und Zukunft, und er wird alles tun, um das Band, das uns noch mit der Tradition verknüpft, nicht reißen zu lassen. Es war ein Irrtum, wenn zu Beginn der siebziger Jahre führende konservative Intellektuelle wie Gehlen und Forsthoff allein in der Technokratie, im Grunde der ‚progressiven Zerstörung‘ (Schumpeter) der Tradition, die Zukunft des Konservatismus sahen.⁹⁸ Man verschenkte damit etwa die erwachende Besorgnis über den ökologischen Bestand der Zukunft ohne Not an die Linke.

2. Konservative Positionen

1. Es ist auch im 21. Jahrhundert konservative Grundauffassung, daß der Nationalstaat und damit eine realistische Politik des nationalen Interesses nach wie vor ihre Bedeutung behalten. Längst dürfte sichtbar geworden sein, daß weder ein abstrakter Legalismus der Institutionen noch ein politischer Moralismus und Messianismus der Utopie *einer* neuen Weltordnung die großen und grundlegenden Probleme lösen können. Dazu ist allenfalls eine neu zu tavierende Gleichgewichtspolitik fähig (M. Stürmer), die auf nationalen Interessen und Kooperation und Bündnisfähigkeit gleichermaßen basieren muß. Sie ist seit 1945 unhintergebar transatlantisch verfaßt.

Wir sehen deutlich, daß in den europäischen Nachbarstaaten, in Frankreich, Großbritannien, erst recht in Rußland dieses nationale Interesse deutlich, teilweise überdeutlich artikuliert wird. Dies wird so bleiben, und deshalb scheint eine moralisierende Politik weniger denn je auf Augenhöhe der politischen Situation. Der transatlantische Graben ist breiter geworden – und nur einer realistischen, nicht einer fantastischen US-Politik ist die Hand zu reichen. Entscheidende neue Studien zum weltweiten politischen Gleichgewicht, Fareed Zakharia, „Der Aufstieg der Anderen“, oder Robert Kagan, „Die Demokratie und ihre Feinde“ stellen die ernste Frage, wer die Erde erben wird: freiheitliche demokratische Demokratien oder die weitgestreuten Schurkenstaaten und neuen Totalitarismen? Dabei geht es auch um das Gespenst des „postdemokratischen Zeitalters“.⁹⁹

Wer sich konservativ nennt, sollte um den Zusammenhang von Strategie und Politik, den Primat von Staatskunst und die Unerläßlichkeit ihrer militärisch strategischen Abstützung wissen.

⁹⁸ Dazu Forsthoff, *Der Staat der Industriegesellschaft*. München 1971.

⁹⁹ C. Crouch, *Postdemokratie*. Frankfurt/Main 2008. Vgl. im Hintergrund: F. Zakharia, *Der Aufstieg der Anderen*. Berlin 2009.

Nach innen hin ist nationalstaatliche Souveränität ein Ankerpunkt konservativen Denkens. Auch im europäischen Rahmen ist sie zur Geltung zu bringen. Das BVG-Urteil zum Lissabon-Vertrag hat hier Maßstäbe gesetzt und Staatlichkeit als Telos festgeschrieben. Es bietet bemerkenswerte Handhaben, die freilich politisch genutzt werden müssen. Eines müssen wir wieder lernen, und gerade dies ist eine dezidiert konservative Lektion: daß politisches Handeln einer langfristigen Strategie und Konzeption bedarf, die nicht allein auf kurzfristig taktischen und technokratischen, sondern wesentlich auf geistigen und moralischen Grundlinien beruht, nämlich auf „Werten“, die freilich letzten Endes einen großen Kompaß voraussetzen müssen, um sich nicht in eine Relativität aufzulösen, in der kein fester Punkt mehr ist.

Es ist ein gravierendes Problem, daß sich heute Politik, auch unter vermehrtem medialen Druck, in einer ständigen Gehetztheit vollzieht, nicht mehr Zeitstrecken, sondern bloße Zeitpunkte in den Blick nehmend, und dies in einer Welt, deren Komplexitäten langen Atem erforderte. Eben dies zieht Folgen nach sich, die von einer geradezu fatalen Langzeitwirkung sein werden. 1979 brachte Hans Jonas ‚Das Prinzip Verantwortung‘ in die öffentliche Debatte. Er warf damit eine nicht-utopische Zukunftsproblematik auf, einen ökologischen Problemkern, der von konservativen Denkern wie Robert Spaemann oder Günter Rohrmoser aufgenommen wurde.

Es wäre fatal, wenn ein solches tieferes Nachdenken eo ipso als verfehelter Intellektualismus gelten würde. Der Kompromiß – innen- und außenpolitisch – setzt den Blick auf eine bestmögliche Lösung voraus¹⁰⁰: und schon Platon lehrte, daß man dann, wenn man das Zweitbeste für die Verfassung des Staates finden wolle, man doch einen Begriff des Besten benötige.

Zu jenem Kompaß gehört ein Wissen um Wurzeln und Ethos Europas, das aus drei Säulen hervorging, zwischen denen durchaus Spannungen existieren: der griechischen Weisheit und Grundlegung des unendlichen menschlichen Selbstbefragens, der römischen Rechtskodifizierung, dem christlichen Glauben mit seiner heilsgeschichtlichen Vorbereitung im Judentum. Europäische Aufklärung in ihren verschiedenen Strömungen hat hier ihren Ursprung. Sie als einzige Quelle Europas zu begreifen, wie es vielfach geschieht, hieße, den „historischen Analphabetismus“ weiterzutreiben, von dem Alfred Heuss vor über 20 Jahren sprach. Auch am Beginn des 21. Jahrhunderts bleibt unhintergebar, daß der Konservative immer in und aus Geschichte denkt. Er will das Rad nicht neu erfinden, er gibt sich nicht der Illusion hin, Zukunft vom Nullpunkt her planen zu können, wie dies der ortlose Utopist möchte. Zwischen Herkunft und Zukunft bleibt ein Band geknüpft, wie wohl es wahr ist, daß Tatsachenwahrheiten und

100 Dazu die schöne Reflexion M. Müller, *Der Kompromiß oder Vom Sinn und Unsinn menschlichen Lebens*. Freiburg/Br. und München 1980.

vergangene Ereignisse niemals unmittelbar legitimierend wirken können. Dennoch orientiert und prägt das Gespräch der Lebenden mit den Toten unser Handeln. Sie, vor allem auch die Ideen- und Geistesgeschichte, geben dem Handeln im nie übersehbaren Halbdunkel des Augenblicks Halt, der Urteilskraft ein Band.

2. Vor diesem Hintergrund ist und bleibt es für konservatives Denken wichtig, sich auch in bezug auf die offene Wunde der deutschen Geschichte zu definieren.

Nicht Leugnung oder Minimierung von Verbrechen kann Zielsetzung einer konservativen Sicht auf das Vergangene sein, wohl aber Verstehen und Einsicht.

1962 sprach der Erlanger Philosoph Wilhelm Kamlah vom „braunen Koloß der NAZI-Zeit“, der den Blick auf die deutsche gesamte Geschichte und Geistesgeschichte nicht verstellen dürfe. Dies ist etwas grundsätzlich anderes als Verdrängungen oder Schlußstriche es wären. Es verweist darauf, daß der Schatten der Vergangenheit zu pathologischen Verzerrungen führen kann, einem Selbsthaß und einer Selbstdestruktion, der Annahme geliehener Identitäten der Sieger oder der Opfer. Die Pathologie von 1968 ist wesentlich von hier her zu begreifen. Es ist wenig bekannt, daß Karl Jaspers diese Flucht vor dem Gewissen und der eigenen Identität schon in den ersten Nachkriegsjahren als schlimme Pathologie der Deutschen begriff.¹⁰¹ Um so weniger kann überzeugen, daß dies heute als „Königsweg“ ausgerufen wird.

Daß mittlerweile der Schleier von den vermeintlich reinen Zügen linker Vordenker weicht, ist eine heilsame Lektion. Die SS- und NSDAP-Vergangenheiten gefeierter Schriftsteller und Intellektueller liegen heute offen zutage. Deren Invektiven sollten deshalb in ihrem historischen und biographischen Kontext gesehen werden.

Hinzu kommt ein weiteres: Gewiß, Deutschland hat sich nach 1945 „verwestlicht“. „Westernization“ ist das gängige Stichwort der heutigen Historiographie. Und der Weg nach Westen, wie lang er gewesen sein kann, gilt als Zielperspektive. Diese Öffnung wird auch in den heutigen Konservatismus eingehen, und er wird sie bejahen, nicht nur aus bündnispolitischen Gründen. Doch sie kann und darf nicht mit der Verkenning eigenster deutscher Traditionen und ihrer Freiheitsgeschichte erkaufte sein. Ebenso wie „Aufklärung“ oder „Demokratie“ ist auch „Verwestlichung“ nicht eo ipso ein normativer Begriff. Und es ist nicht zu übersehen, daß Deutschland immer auch ein sensibles Sensorium für den Osten Europas hatte. Mit Rußland zusammen bildete es eine Phalanx „metaphysischer Nationen“.

101 Dazu D. Morat, Von der Tat zur Gelassenheit. Konservatives Denken bei Martin Heidegger, Ernst Jünger und Friedrich Georg Jünger 1920-1960. Göttingen 2007, insbes. S. 279 ff.

Die Reformation, Preußen bei allen Licht- und Schattenseiten, die deutsche Freiheitsgeschichte der LIBERTÄTEN des Alten Reiches, die Weimarer Klassik, die klassische deutsche Philosophie bilden eigene Ressourcen einer eigenen deutschen Identität. Man wird den Verbrechenscharakter des Nationalsozialismus um so schärfer diagnostizieren können, um so mehr man um die ganze Ambivalenz und Vielgestaltigkeit der deutschen Geschichte weiß. Nicht zuletzt fließen viele dieser Linien im Widerstand gegen Hitler und im 20. Juli 1944 zusammen: Jenes „geheime“ oder „heilige“ Deutschland gibt ein Maß vor, das nicht zu Regressionen Anlaß gibt, sondern für die Zukunft unverlierbar sein sollte.

Wenn man sich dieser Vergangenheit, die in die Totalitarismus- und Wahngeschichte des späten 19. und des 20. Jahrhunderts gehört, tiefer bewußt ist und sie zu durchdringen versucht, dann wird und muß aber auch die Liebe zum eigenen Land ein unabdingbarer Bestandteil des Konservativen sein, jener Patriotismus, der, nach dem alten Kant, die notwendige Kehrseite des Universalismus ist.

3. Ökonomische Fragen der Grundlegung und Neuaustarierung der Sozialen Marktwirtschaft in einer vernetzten globalen Weltwirtschaft sind für konservatives Denken heute wichtig, ja zentral – in einer engen Verbindung mit der Aufgabe einer Fortschreibung des ordnungspolitischen Liberalismus in den guten Traditionen der Freiburger Schule, von Eucken, Müller-Armack, Hayek. Eben hier liegt auch der Grund, weshalb Konservatismus und Liberalismus nicht gänzlich von einander abgetrennt werden können. Der Konservative weiß dabei, daß der moderne säkulare Wohlfahrtsstaat ohne christliche Wurzeln den andrängenden Herausforderungen nicht gewachsen sein wird. Darauf hat zu Recht auch Papst Benedikt XVI. in seiner Sozialzyklika „Caritas in veritate“ hingewiesen. Rohrmoser brachte dies immer wieder auf die prägnante Formel, die Frage, was soziale Gerechtigkeit sei, entscheide sich nicht in der Sozialpolitik, sondern in der Theologie.

Deshalb gehört der nüchterne Blick auf die Statistiken, die Demoskopien ebenso zur Formung konservativer Positionen wie eine tiefdringende, geistige Diagnose. Dabei ist es entscheidend, sich zu vergewissern, daß die 2008 aufbrechende Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem auch eine Denk- und Kulturkrise ist. Daß der freie Markt ohne staatliche ordnungspolitische Instrumentarien sich nicht allein regulieren kann, ist ebenso wahr, wie daß staatlicher Interventionismus die Krise mit verursacht hat und verstärken wird. Zu Recht haben Theoretiker wie Roland Baader in der besten Tradition von v. Hayek oder v. Mises auf den antikapitalistischen Wahn der sechziger und siebziger Jahre hingewiesen.¹⁰² Dabei wird der

102 Vgl. hierzu R. Baader, Das Kapital am Pranger. Ein Kompaß durch den politischen Begriffsnebel. München, Gräffelfing 2005.

Konservative vollständig auf ihrer Seite sein. Doch er wird heute nicht minder darauf bestehen, daß es einer „Ordnung der Freiheit“ bedarf, die gegenüber Markt fetischismus und Globalisierungsfatalismus zur Geltung zu bringen ist. Ansonsten steht zu befürchten, daß die „Blasen-Ökonomie“ nicht abgewendet werden kann, und daß in nicht allzu ferner Zeit ein Zusammenbruch folgen könnte, der tiefste gesellschaftliche Verwerfungen, ja den Untergang der Ordnung der Freiheit bedeuten könnte. Sie setzt Ethik, Gewissen und Anerkenntnis des anderen voraus: daß dies keine Platitüden sind, sondern *conditiones sine qua non* eines geordneten Zusammenlebens in und aus Freiheit, zeigt sich daran, wie sehr gegen diese Leitgedanken heute verstoßen wird. Dann breitet sich Gier aus, ein Übel, das nicht nur auf einigen Chefetagen von Banken um sich greift, sondern das weite Teile der Anleger befallen hat. Demgegenüber muß man daran erinnern, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, daß es des Innehaltens und des Maßes bedarf, um nicht zu zerstören.

Ich erinnere an die scharfe und kritische Analyse eines der Vordenker des Liberalismus, Ralf Dahrendorf, der in seinen Kruppvorlesungen vor einigen Jahren die Differenzen, Entzweigungen und Bedrohungen der Globalisierung diagnostiziert hat.¹⁰³

4. Die Wallstreet-Welt und ihre Spekulationen waren nie die ganze Realität. Auch wenn sie sich dafür halten mochten. Zu den Realitäten, die wirkliches konservatives Denken nie verleugnete, gehört die Religion. Sie wird, wie man seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes deutlich sehen kann, unstrittig eine der großen politischen Potenzen des 21. Jahrhunderts sein. Besonders dramatisch fokussiert sich dies im Islam. Nur mit eigener Religions- und Kulturachtung wird man seiner mobilisierenden Kraft standhalten können.

Dazu gehört die Achtung vor einer anderen Weltreligion ebenso wie die Abwehr der theokratischen Ansprüche einer Einheit von Religion und Politik. Es ist eine aus Unkenntnis resultierende Illusion, man könne den Islam behandeln wie eine weitere christliche Denomination.

Was ist das Fundament? Ein nihilistischer Relativismus scheint die Folge aus der Abkehr von der christlichen Herkunftsreligion, wobei dieser Erosionsprozeß in Deutschland bereits sehr weit gediehen ist. Joseph Ratzinger hat vor der gegebenen Lage noch als Kardinal zusammen mit dem italienischen Senatspräsidenten Pera von der Notwendigkeit einer christlich fundierten Zivilreligion gesprochen: „Weil in der Ära des triumphierenden Relativismus und der schleichenden ‚Apostasie‘ (die Pera sehr pointiert mit dem ‚Geist von München‘ vergleicht) das Wahre nicht

103 Vgl. das in FN 5 zitierte Werk von Dahrendorf, Auf der Suche nach einer neuen Ordnung, a. a. O. Siehe auch Günter Rohrmoser, Harald Seubert, Jenseits von Sozialismus und Liberalismus. München, Gräfelting 2009.

mehr existiert, die Sendung der Wahrheit als Fundamentalismus betrachtet wird und schon das Beharren auf der Wahrheit Ängste und Befürchtungen weckt“, sei eine solche Zivilreligion unvermeidlich. Hier ist ein wesentlicher Zug, der konservatives Denken heute leiten muß.

Zu erinnern ist auch an späte Einsichten von Jürgen Habermas, immerhin dem Vordenker der Frankfurter Schule der Zweiten Generation, der heute die Böckenförde-Formel von 1967, wonach der liberale Verfassungsstaat auf Fundamenten gründet, die er selbst nicht garantieren kann, sich vollständig zu eigen macht. Dabei ist selbstverständlich die Trennung von Staat und Kirche, in der Folge der Zwei-Reiche-Lehre von Augustinus über Luther bis in die Bundesrepublik hinein maßgebend. Dies bedeutet aber eben nicht eine vollständige Laizität, Austilgung religiöser Symbolik, und es bedeutet ebensowenig eine Indifferenz, sondern die „Verantwortung vor Gott“ auch in den weltlichen Dingen. Der „Glutkern“ der Religion müsse auch in säkulare Zusammenhänge vermittelt werden, hat Habermas zu Recht angemahnt.

Die Integrationsfähigkeit einer Nation wird sich danach bemessen, wie weit sie auf einem eigenen Fundament steht – und dies ist im Falle Deutschlands nicht nur national, sondern wesentlich auch durch eine christliche Kultur definiert.

5. Das beginnende 21. Jahrhundert stellt uns eine Welt des rasenden Tempos, des globalen „Weltinnenraums des Kapitals“ vor Augen (Sloterdijk). Pathologien und Pathomorphien der Moderne brechen sichtbar auf. Seit dem 9. November 2001 ist überdeutlich, daß unter der Oberflächenkruste der ONE WORLD tiefe Differenzen klaffen.

Wir sehen heute zugleich, wie an grundlegenden Grenzen des Menschlichen gerüttelt wird: Gentechnik oder Hirnforschung lassen Eingriffe in das Humanum erwarten, die an dessen Substanz gehen. Ein grundsätzliches Limit scheint nicht gesetzt zu sein. Es steht zu befürchten, daß die Abkehr von der Herkunftsreligion Europas, des Abendlandes, auch die Ressourcen einer christlichen, und damit europäischen Prägung der Welt minimiert.

Auch die Notbremse zu ziehen, könne ein revolutionärer Akt sein, so Walter Benjamin – im Geiste eines Konservativen Revolutionärs im besten Sinne. Auch wenn die „Konservative Revolution“ der zwanziger Jahre nicht das Vorbild sein kann, bleibt dies doch eine erinnernswerte Maxime.

Wir erkennen in Westeuropa, nicht zuletzt in Deutschland eine Abkehr von Christentum und der Herkunftskultur, deren Folgelasten zunehmend sichtbar werden. Obwohl an einer Ideologie ungebremsten Wachstums festgehalten wird, kehrt sich diese Moderne zunehmend gegen ihre eigenen Wurzeln. Diese Wurzeln muß man sichtbar machen, wenn man den liberalen Rechtsstaat und die offene Gesellschaft bewahren will. Böckenförde-Formel.

6. Die Sicht des Konservativen auf den Menschen hatte seit jeher skeptische Züge, zugleich ist er sich menschlicher Fehlbarkeit und Endlichkeit bewußt. Dies bedeutet, daß die Erschaffung eines „Neuen Menschen“, wie sie in der Französischen und mehr noch der Russischen Oktoberrevolution sich Bahn brach, den entschiedenen Widerspruch des Konservativen finden muß. Mit dem großen Baseler Historiker Jacob Burckhardt hat der Konservative den Menschen, wie er war, ist und sein wird vor Augen: als Täter und als Leidenden. Dieses Menschenbild hat eine theologische Wurzel, nämlich das Wissen um die Erbsünde. Daraus resultiert zugleich, daß man um die Notwendigkeit einer Formung und Prägung des Menschen, etwa durch Institutionen, weiß. So zu denken, heißt aber gerade nicht, verächtlich vom Menschen zu denken. Es bedeutet jedoch durchaus, im Sinne des christlichen Erbes, das letzte vom Vorletzten zu unterscheiden (Bonhoeffer). Als Konservative können wir nicht Konstruktivisten und nicht Relativisten sein. Die Suche nach einer verbindlichen und verbindenden Wahrheit, und die nüchterne, unideologische Wahrnehmung der Realitäten ist entscheidend. Sie wird heute ganz besonders angesichts der Geschlechter- und Familienpolitik auf die Probe gestellt. Es gibt markante und geförderte Tendenzen – das Stichwort „Gender mainstreaming“ steht pars pro toto¹⁰⁴ –, die einen umfassenden Konstruktivismus auch auf die menschliche Natur ausdehnen möchten. In diese konservative Prägung gehört das Wissen um die Unersetzbarkeit der Familie. Sie ist der erste Ort, an dem Sittlichkeit gelernt werden kann, und zwar in der Form der Liebe, worauf Hegel immer wieder hinwies. Es ist eine unüberschreitbare Grenze, daß sich Geschlechterrollen nicht erfinden lassen. Darauf hinzuweisen, ist nicht retrograd, es setzt sich aber dem wurzellosen Nihilismus entgegen.

Herbert Marcuse sprach im Zusammenhang der 68er-Revolution von der „anthropologischen Revolution“. Sie wäre wohl der Einsatzpunkt der Kulturrevolution, der tiefer reicht als alles andere. Die Zerstörung der Familie, die sich damit verbindet, ist noch im vollen Gange, obwohl wir sehen, welche psychischen und physischen Wracks eben diese Tendenz hervorgebracht hat. Insofern wird grundlegendes Nachdenken *und* politische Positionierung in diesen Fragen von besonderer Bedeutung sein.

Ein zweiter wesentlicher Zweig jener Kulturrevolution betraf Bildung, Universität und Schule. Dies sind, neben der Familie, jene Bereiche, in die die faktische Kulturrevolution der Zeit um 1968 besonders tief eingeschlagen hat. Ich warne nachdrücklich vor der Illusion, 68 sei ein nur historisches Thema. Durch die Besetzung maßgeblicher Instanzen und Institutionen mit den einstigen Exponenten jener Richtung ist eine liberal modifizierte Spät-68er-Sicht auf die gesellschaftlichen Realitäten, verbunden mit Technokratie, nahezu flächendeckend bestimmend geworden. Daß

104 Dazu jetzt H.-B. Gerl-Falkovitz, Frau-Männin-Menschin. Zwischen Feminismus und Gender. Kevelaer 2009.

eine Gefahr unkenntlich geworden ist, weil kaum jemand in Sicht ist, der ihr zu widersprechen vermag oder zu widersprechen wagt, ist wahrlich kein Grund, daß man annehmen dürfte, diese Gefahr existiere nicht. Alle rhetorischen Aussagen über die „Bildungsrepublik“ ändern nichts an einem rapiden Niveauperfall und der faktischen Destruktion universitärer Kultur.

Offenkundig ist heute die weitgehende Zerstörung jener Universitäts- und Schullandschaft, die sich mit dem Namen von Wilhelm von Humboldt verbindet, vor allem die Ignoranz und Desavouierung wirklicher Elite. Deshalb wurde unter dem Stichwort „EXZELLENZ“ ein völlig einseitiger Elitenbegriff entwickelt, der der Schaumschlägerei, nicht aber der genuinen Forschung und denkenden Selbstbefragung einer Gesellschaft dient (Vgl. dazu den Leitartikel von Heike Schmall, FAZ 25. 11. 2009). Wie in einem späteren Kapitel zu zeigen sein wird, ist gerade die Universität tief in den Sog dieser verfehlten Elite-Konzeption geraten, so tief, daß sie droht, darin unterzugehen. Aus konservativer Perspektive wird man darauf hinweisen müssen, daß Bildung nicht ein Ableger von Sozialpolitik ist. Begabungs- und Niveauunterschiede können nicht leichtthin für nichtig erklärt werden. Wir müssen uns von dem totalen Egalitätswahn trennen. Jüngst hat dazu Norbert Bolz, ursprünglich durchaus Anhänger des linken Lagers, einen sehr erwägenswerten Essay publiziert.¹⁰⁵

Nur in einem umfassenden Bildungshorizont, der Charakterbildung einschließt, kann das ETHOS tradiert werden. Allan Bloom schrieb vor über 20 Jahren in seinem Werk „The Closing of the American Mind“, daß es darum gehe, die großen Bücher der westlichen Tradition wieder lesbar zu machen.¹⁰⁶ Wir sind heute in einer ähnlichen Lage wie Bloom sie vor mehr als zwei Jahrzehnten konstatierte: eine selbstverständliche Ligatur zur eigenen nächsten kulturellen Identität ist nicht mehr ohne weiteres gegeben.

Auch dies kann nicht heißen, die Bildungsidee der Goethezeit auf eine gänzlich veränderte Situation zu übertragen: Das Humboldtsche Ideal und die funktionale Bildung in einer hochmodernen Industriegesellschaft müssen vielmehr in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Konkret ist die Bildungspolitik nach wie vor ein zentrales Feld konservativer Politik. Hier wird die Zukunft entschieden. Es ist eine vornehme konservative Verpflichtung, einzufordern, daß es dabei nicht bei bloßen Lippenbekanntnissen bleibt.

7. Schließlich: Konservatismus ohne bürgerliches Selbstverständnis ist undenkbar. Bürgerlichkeit war und ist eines der entscheidenden Fundamente der Demokratie. Wir müssen heute besorgt sein, daß sich die

105 N. Bolz, Diskurs über die Ungleichheit. Ein Anti-Rousseau. München 2009.

106 A. Bloom, Der Niedergang des amerikanischen Geistes. Ein Plädoyer für die Erneuerung der westlichen Kultur. Hamburg 1988.

bürgerliche Gesellschaft nicht in eine bloße Konsumentengesellschaft, ein unregelmäßiges System der Bedürfnisse atomistischer einzelner einerseits und in Fürsorgeempfänger andererseits auflöst.

Für das Ethos des Landes ist und bleibt bürgerliches Selbstverständnis und Selbstbewußtsein nach wie vor und weit in die Zukunft hinein wesentlich. Den Bürger zeichnet die Sorge um das eigene Land aus. Demokratie bedarf dieses Bürgersinns, in dem sich das alte Element des Citoyen, des am Gemeinwohl orientierten Bürgers, und des Bourgeois, des Besitzenden, nicht als Gegensatz, sondern als fruchtbares Komplement erweisen.

Auch vor diesem Hintergrund ist es alarmierend, wenn der Mittelstand, eigentlicher Träger dieses Bürgertums, immer mehr zurücktritt und sich in die Defensive gedrängt sieht. Der Konservative wird deshalb Institutionen, er wird auch den Staat nicht geringschätzen. Es bleibt eine große Aufgabe, die friedentiftende, ausgleichende und kulturstiftende Rolle, die der Nationalstaat einst hatte, in der veränderten Zeitsituation zu Beginn des 21. Jahrhunderts zur Geltung zu bringen. Von hier her definiert sich auch das Verhältnis zu Demokratie und gewaltenteiligem Republikanismus. Wir sehen heute, nicht nur als spielerischen Gedanken im politologischen Oberseminar, die Gefahr eines „postdemokratischen Zeitalters“. Vor diesem Hintergrund ist daran zu erinnern, daß Demokratie nicht in sich selbst eine „Norm“, ein unbefragbares Gutes sein kann, sondern daß sie der Norm bedarf. Demokratie muß sich deshalb auf dem zu allen Ideologien neutralen Rechtsstaat berufen. Institutionen werden kraft ihrer Dauerhaftigkeit den Geist der Demokratie erst sichern, wobei ihre Formkraft der politischen Klugheit, des offenen Disputes, der aber zu einer Entscheidung hindrängt und hinführen muß, bedarf. Es öffnen sich aber auch Dimensionen, die über das institutionelle Feld hinausgehen: GNOTHI SEAUTON¹⁰⁷, die letzten Fragen, die der wirkliche christlich freie Konservative, der nie Zyniker sein kann, nicht verlächen wird, auch wenn er sie nicht teilt. Ein wesentliches konservatives Anliegen wird daher auch die Einhegung einer bloßen Ego- und Spaßgesellschaft sein, die, wenn sie weiter frei flottiert, das ihre zu Enthumanisierung und zunehmender Verflachung beitragen wird.

Wir werden auch Zeugen einer spätmodernen Verrohung, des Verlustes von grundlegenden Empfindungen der Trauer angesichts des Todes oder der Scham.

3. Das aktuelle Spektrum eines freiheitlichen Konservatismus in Deutschland

Wenn man, was ich hier nur sehr knapp tun kann und will, die gegenwärtige konservative Szenerie betrachtet, ist sofort augenfällig, daß es

¹⁰⁷ griech. *Erkenne dich selbst*. Angeblich Inschrift über dem Orakel von Delphi.

mehr oder minder überzeugende Ansätze hier und dort gibt, darüber hinaus Potentiale, die über diese Ansätze noch weit hinausreichen, daß aber ihnen allen die institutionelle und geistige Mitte fehlt. Es gibt viele kluge junge Köpfe (klügere zumeist, als in den Mainstream-Programmen gefördert werden!), die sich konservativer Ideen- und Theoriegeschichte zuwenden. Sie tun es oft mit einem leicht resignierten Unterton. Und auch der Zynismus ist eine immanente Gefahr junger Konservativer. Demgegenüber gilt es zu zeigen, daß das konservative Erbe nicht nur Historie ist, sondern höchste, akute Gegenwart. Daneben findet man unter jüngeren Leuten, die den Mainstream verlassen, auch die voreiligen Kämpfer und Aktionisten, die allzusehr auf Subkulturen setzen. Ihnen wäre zu zeigen, daß der Konservative nicht Okkasionalist ist und daß das Vorbild der linken Revolten für ihn nur sehr begrenzt taugt. All diese Neigungen sind auch Ergebnisse einer dürftigen Zeit, sie sind alles andere als ideal, doch immerhin stellen sie Ressourcen bereit, aus denen weiter geschöpft werden kann.

Hinzu kommt, daß noch immer zutrifft, daß in Deutschland und erst recht in anderen Staaten Europas heute Einsichten am Wachsen sind, nicht zuletzt auch unter dem Druck schmerzlicher Realitäten!, die Konservative schon seit langem vertreten haben. Wir erkennen einen strukturellen Konservatismus, der kaum eine Heimat hat und in der in großen Auflagenzahlen veröffentlichten Meinung so gut wie nicht vorkommt. Zunehmend sehen christliche Kreise beider Konfessionen mit Sorge, daß unter der Sigle der Political correctness und des Emanzipations- und Multikulturalismus-Dogmas die eigene Religionsfreiheit in einen Sog vermeintlich freiheitlicher Befragungen gezogen werden kann. Jene Personenkreise denken nicht zuerst politisch. Doch durch die Umstände sehen sie sich in eine Lage gebracht, die sie notwendigerweise zum Konservatismus führt.

Daneben findet man einen vornehm gebildeten Konservatismus vieler Hochschullehrer und akademischer Eliten, die angesichts des Ausbruchs eines zunehmenden spätmodernen Fellachentums und eines rapiden Niveauverfalls zur Resignation neigen.

Diesen verschiedenen Momenten und Richtungen fehlt aber ein gemeinsames Zentrum. Von größter Bedeutung ist heute, daß keineswegs nur eine bestimmte konservative Richtung zu Wort kommt. Die Traditionen sind sehr reichhaltig, ohne daß sie deshalb relativ wären: sie umfassen katholische und lutherisch-protestantische Grundlagen des christlichen Glaubens, daneben ein eher national-konservatives Element, mittelständisch-unternehmerische Profile und philosophisch-akademische Ausrichtungen.

In Deutschland kommt es zumeist erst unter einem erheblichen medialen Erregungsdruck zu Debatten über die bewegenden Fragen der Gegenwart. Die Diskussion über das Buch von Sarrazin hat dies gezeigt. Wir erleben eine bleierne Zeit der Konsensdemokratie, in der mediale Inszenierung an die Stelle der Auseinandersetzung tritt, die Grundfragen schleichend

erledigt oder aufgeschoben werden. Auch nach Ende der Großen Koalition ist nicht in Sicht, daß sich dies ändert. Es bedarf daher auch eines Ortes, an dem von konservativer Seite her dieses Muster durchbrochen, aus Patriotismus und aus dem Geist unserer Verfassung erneuert wird.

All diese Perspektiven können indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lage für konservative Positionen schwierig und ernst ist. Daß konservative Ansätze bei ungleich größerem Potential und ungleich stärkeren Herausforderungen sich immer schwerer Gehör verschaffen können, hat auch damit zu tun, daß seit Mitte der neunziger Jahre große Zeitungen sich der konservativen Intelligenz verschlossen haben. Deshalb ist dieses seit zwei Jahrzehnten glücklich geeinte Land in einer wurzellosen Verfassung, einer beispiellosen Identitätslosigkeit und damit einer tiefen Sinnkrise. Es fährt auf Sicht, auch intellektuell. Daß der zugrundeliegende Egalitarismus eine pure Illusion ist, zeigt sich auch angesichts des Kontroll- und Administrationsgestells; daß die „Diktatur des Relativismus“ in die Irre führt, zeigt sich angesichts der dann eingeschalteten Political correctness, die an die Stelle von Wahrheit tritt.

4. Zum Ende: Konservative PAIDEIA

Ein satisfaktionsfähiger Konservatismus braucht heute einen Kanon, an dem junge Leute sich orientieren können: Die klassische deutsche Philosophie und Dichtung in ihren europäischen Beziehungen gehört wesentlich dazu, Hegel, Schelling, Fichte, Hölderlin.

Als Konservative haben wir ein breit gestreutes Spektrum des Maßgeblichen, Exemplarischen, das uns aber auch kritisch befragt, ob wir auf seiner Höhe sind.

In der Ahnenreihe konservativen Denkens gehören die großen Realisten wie Gehlen oder Freyer ebenso wie Heidegger. Nicht zuletzt ist die Schule Joachim Ritters hier zu nennen, deren Spektrum sich von den liberalen Ansätzen Hermann Lübbes über Robert Spaemann bis Günter Rohrmoser erstrecken. Zu nennen sind jedoch auch ganz andere Traditionen: etwa jene der bedeutenden katholischen Philosophie des 20. Jahrhunderts, z. B. Romano Guardini.

Und wir werden in der konservativen Theoriebildung der angelsächsischen Welt Leo Strauss, Allan Bloom, Irving Kristol oder der romanischen Welt viel Material zu einer Fortbildung des Begriffs des Konservativen finden.

Ein Freiheitlicher Konservatismus wird sich immer in europäischer Weite verstehen.

In seinem letzten Buch setzte mein Lehrer, der im Mai verstorbene Philosoph Manfred Riedel ausdrücklich auf eine kommende Generation,

die „den längst fälligen Revisionsprozeß anstrengen und das hohe Geistergespräch vor Herabziehungen ‚ins Nichts‘ bewahren wird“.¹⁰⁸ Diese Herabsetzung bestimmt heute nachgerade alles, und was ist dagegen anzubieten?

Die geradezu tolldreisten Verzerrungen, denen sich konservative Positionen ausgesetzt sehen, zu korrigieren, ist überfällig.

Konservatismus erschöpft sich im letzten und ersten nicht in Positionen, sondern ist Haltung. Auch darum geht es, und dies geht zuletzt hinaus über Irving Kristols vielzitiertes Wort, daß der Konservative ein Liberaler sei, der mit der Realität in Berührung kam.

Dieses schönere, höhere Leben zu bewahren, seine Möglichkeit im Hier und Jetzt eröffnen, nicht den rundum versorgten, stummen, im Grunde geistig toten common sense Menschen als Konsumenten und Bedürfnisbefriedigungswesen für das höchste Gut zu halten, gibt Konservativen immer wieder ihren Schwung und ihre Glut!

Leicht wird der weitere Weg nicht werden.

Für Konservative gilt aber das Wort von Gottfried Benn: Wer spricht vom Siegen, Überstehn ist alles. Doch über die Ansprüche an dieses „Überstehen“ sollte man sich keinen Illusionen hingeben, man kann aber sicher sein, daß es im tiefsten Sinne lohnend ist! Warum? Es gibt einen minimalen Konservatismusbegriff, der in fluktuierenden und krisenhaften Zeiten besonders aktuell sein mag, und über den ein bloß habituellem Konservatismus schwer hinausreicht. Er besagt, konservativ sein heiße, das, was man erworben hat, möglichst langsam verlieren zu wollen. Hans-Joachim Schoeps, der große Preuße und Konservative, hat dem widersprochen: konservativ, das ist die konsequente Position einer Ordnung aus Freiheit gegen die anbrandende Revolution.

108 M. Riedel, Im Zwiegespräch mit Nietzsche und Goethe. Weimarerische Klassik und klassische Moderne. Tübingen 2009, S. 8. Das ganze Buch ist ein glänzendes Plädoyer gegen diese „herabsetzende“ Geste.